

Solidaritätspreis 3,— DM

VORWORT

Inhalt:	
Stahlkrise	Seite 3
Bundeswehr in alle Welt?	Seiten 6 und 7
USA unter Clinton	Seite 9
Malcom X	Seite 11

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 149 — März 1993

1,— DM Solidaritätspreis: 3,— DM

Enttarnt die Bossse bevor sie Euch entlassen!

Die Bosse und ihre Regierung in Bonn starten einen Generalangriff, um die Lasten der Rezession auf unsere Schultern abzuladen. Sie planen massiven Arbeitsplatzabbau und Entlassungen. Tausende von Stahlarbeitern müssen um ihre Zukunft bangen. Die Schließung ganzer Standorte und damit die wirtschaftliche Zerstörung ganzer Regionen wäre die Folge. Auch in der Autoindustrie sieht es düster aus. So wird es bei VW nicht bei der geplanten Streichung von 12.500 Stellen bis 1994 bleiben, es drohen Entlassungen bereits in diesem Jahr.

Nachdem im Osten Deutschlands mit der Einführung der Marktwirtschaft mehr als die Hälfte der Industrie zerstört wurde, wollen die Unternehmer jetzt festschreiben, daß Ostdeutschland ein Billiglohngebiet bleibt. Der als »Kindigung« bezeichnete Bruch der Tarifverträge in Berlin/Brandenburg und Sachsen ist ein Angriff auf die Arbeitnehmerschaft in ganz Deutschland.

Es geht nicht nur um die wegen der auf Westniveau gestiegenen Preise dringend benötigte Lohnerhöhung von 26 Prozent! Die Unternehmer wollen den Einstieg in das Ende verbindlicher Tarifverträge durchsetzen und damit die Position der Gewerkschaften insgesamt untergraben. Schon morgen werden die Unternehmer der nächsten Krisenbranche oder -region ankommen und Sonderbedingungen geltend machen. Die Lohnrückerei würde sobald kein Ende nehmen.

Die Kohl-Regierung gibt den Unternehmern Rückendeckung und will mit Waigels Sparplan die Krise auf den Rücken der sozial Schwächsten, der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, abwälzen. Außerdem werden ständig neue Ideen ausgebrütet, um die

Masse der Bevölkerung weiter auszupressen (Autobahngelbühr, neue Steuern etc.).

Angelblich arbeiten wir zureichend und wollen zuviel Geld dafür. Oder wir ruhen uns in der angeblich so bequemen sozialen Hängematte aus. Deshalb sollen wir gefälligst den Gürtel enger schnallen. Wenn wird das nützen? Den Millionären, Spekulanten und Bonzen, die sich bisher noch in jeder Wirtschaftskrise gesund gehalten haben, während sie arbeitende Bevölkerung Opfer brachte.

Arbeit für alle könnte geschaffen werden durch massive Arbeitszeitverkürzung sowie ein dringend nötiges Wohnungsbauprogramm sowie öffentliche Investitionen zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, im Umwelt- und Sozialbereich. Das käme die Gesellschaft billiger als die Zerstörung von Millionen von menschlichen Existenzen durch Arbeitslosigkeit und die von uns allen getragenen Ausgaben für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Diese einfache Wahrheit widerspricht jedoch der Logik der Marktwirtschaft, in der nur der Profit für wenige zählt.

Der Widerstand gegen Massenentlassungen, Tarifvertragsbruch und sozialen Kahlschlag muß jetzt organisiert werden. Die IG Metall hat im Rahmen ihrer Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung im Stahlbereich für den 26. März einen »Marsch auf Bonn« angekündigt. Aber der Kampf im Stahlbereich muß bereits jetzt mit dem Kampf gegen den Tariftreubruch im Osten verbunden und konsequent geführt werden. In der SPD und auf die SPD muß Druck gemacht werden, damit sie ihre Zusammenarbeit mit Kohl stoppt und eine wirkliche Oppositionspolitik gegen den sozialen Kahlschlag macht.



Stahlarbeiter blockieren die B1

Wir treten ein für:

- ★ Kampf für den Erhalt jedes Arbeitsplatzes und jedes Standortes;
- ★ Vollstreik der IG Metall in der Stahl- und Metallindustrie gegen Entlassungen und gegen den Bruch der Tarifverträge im Osten;
- ★ Einen 24-stündigen Generalstreik gegen den Generalangriff von Bossen und Bonn und für den Sturz der Kohl-Regierung am 26. März, dem Tag des von der IG Metall geplanten »Marsches auf Bonn«;
- ★ Gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West;
- ★ Verteilung der vorhandenen Arbeit durch die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;
- ★ Massives Öffentliches Investitionsprogramm im Wohnungsbau, Öffentlichen Verkehr, Umwelt- und Sozialbereich; Finanzierung durch:
- ★ Verstaatlichung der 200 größten Banken, Versicherungen und Konzerne unter demokratischer Kontrolle von Gewerkschaften und Beschäftigten; Produktionsplanung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung statt für den Profit; Garantie der Vollbeschäftigung.

Nach der Lehre arbeitslos?

Für das Recht auf eine Zukunft!

Seite 5

Kein Platz für Sozialpartnerschaft

Angesichts der tiefen Rezession, die über Deutschland hereinbricht, stellen sich viele ArbeitnehmerInnen die Frage, ob nicht Arbeitsplatzabbau und Lohnsenkungen unvermeidlich sind. Selbst bei den direkt Betroffenen gibt es Unsicherheit über die Chancen auf erfolgreiche Verhinderung von Entlassungen und Betriebs-schließungen.

Kein Wunder, wenn man sieht, daß die Forderungen der Gewerkschaften und der SPD genau diese Zweifel bestärken. Angesichts der Krise im Stahlbereich spricht die IG Metall-Führung nur davon, daß die »nationale Stahlbasis« erhalten werden müsse, nicht alle Arbeitsplätze und Standorte. Sie läßt sich auf die nationalstaatliche Politik der Unternehmer und der Bundesregierung ein, die nach der Parole »Deutschland zuerst« die Wirtschaft für den härter werdenden Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt fit machen will — auf Kosten der ArbeitnehmerInnen in Deutschland und den konkurrierenden Ländern.

Die SPD-Spitze sieht ihre Rolle in der weiteren »konstruktiven Zusammenarbeit« mit der Bundesregierung: »Die Klare gesellschaftliche oder politische Alternative zur Bundesregierung ist angesichts der Probleme in Deutschland eine Illusion«, so der SPD-Bundeschäftsführer Blessing. Franz Steinkühler hat auf dem letzten IG Metall-Kongreß davor gewarnt, zu glauben, daß es eine Alternative zum bestehenden System geben würde.

Alle sind sich einig, daß den »Sachzwängen« der Marktwirtschaft Rechnung getragen werden müsse. Das führt dazu, daß die Forderungen und Maßnahmen sich auf das beschränken, was im Kapitalismus »machbar« erscheint, das heißt die Profite der Unternehmer nicht zu sehr schmälert.

In der tiefen Krise des Kapitalismus, die wir heute weltweit erleben, zeigen sich die verhängnisvollen Folgen einer solchen Politik sehr drastisch. Es ist kaum noch Raum für Kompromisse, die für die ArbeitnehmerInnen akzeptabel wären. Die Unternehmer selbst kündigen die »Sozialpartnerschaft« und wollen Lohnsenkungen und massive Arbeitsplatzvernichtung durchsetzen.

VORAN stellt Forderungen und eine Kampfstrategie auf, die sich an den vorhandenen Problemen orientiert, nicht am angeblich »machbaren«. Unsere Forderungen laufen deshalb auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft, die Abschaffung des Kapitalismus, hinaus. Das gilt auch für unser Programm zur Stahlkrise (siehe Seite 3). Es könnte durch einen konsequenten Kampf der IG Metall mit Unterstützung der anderen Gewerkschaften durchgesetzt werden, was ein harter Schlag für die Unternehmer insgesamt wäre. Die Enteignung der Stahlbosse würde unmittelbar die Frage aufwerfen, was mit den restlichen Schlüsselbereichen der Wirtschaft passiert und wäre ein großer Schritt auf dem Weg zur Entmachtung der gesamten Kapitalistenklasse und zur Errichtung einer sozialistischen Demokratie.

Die Spitzen der Gewerkschaften und der SPD als Partei, die für die Vertretung von Arbeiterinteressen aufgebaut wurde, haben dagegen ihren Frieden mit dem System gemacht. Viele Gewerkschaftshauptamtliche und die meistenen SPD-Politiker sind weit von unseren Arbeits- und Lebensbedingungen entfernt. Sie kennen nicht die alltäglichen Nöte und finanziellen Engpässe, sind schnell bereit, einen »vernünftigen« Kompromiß mit den Bossen zu schließen, der sie persönlich nicht betrifft.

Wir brauchen deshalb nicht nur ein Programm im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch eine kämpferische Führung, die es durchsetzen kann und will.

Eine solche Führung darf nicht materiell abgehoben sein von den Leuten, die sie vertreten soll. Darum fordern wir, daß Funktionäre in Gewerkschaften und SPD nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Damit die Gewerkschaften zu wirklichen Kampfinstrumenten der Mitgliedschaft werden, müssen sie grundlegend demokratisiert werden. In der IG Metall zum Beispiel werden Bezirksleiter nicht von der Bezirkskonferenz gewählt, sondern vom Hauptvorstand eingesetzt. Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein, um eine Bürokratisierung zu verhindern.

VORAN

zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Erscheinungsweise: Monatlich

Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1,

Tel. 0221/134504, Fax 0221/137280.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11

Kommunalwahlen in Hessen

(Wahl)Kampf gegen REP & Co

Die Kommunalwahl in Hessen ist die letzte Wahl vor dem »Superwahljahr« 1994. Für die faschistischen Parteien, allen voran die REPs, ein wichtiger Test.

Das Wahlergebnis wird ein Gradmesser nicht nur für die Stimmung in der Bevölkerung, sondern auch für die Politik der Faschisten sein. Gewinnen die Krawattennazis in den Parlamenten mehr Stimmen, werden die Faschisten auf der Straße mit ihren Siefeln noch frecher und brutaler zutreten. Die etablierten Parteien, SPD und CDU, ignorieren den braunen Rand aus REPs und NPD, die bereits seit den letzten Kommunalwahlen im Frankfurter Stadtparlament sitzen.

Die 20,3 Prozent, die FPÖ-Chef Haider bei den Kommunalwahlen in Österreich erhielt, sollen ein Warnsignal sein. Doch zu den wichtigen und drängenden Problemen, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, haben die Politiker nichts zu sagen. »SPD — damit nicht nur im Waldstation die Profispieler«, lautet der Wahlkampfslogan unter Oberbürgermeister von Schoeller.

»In Frankfurt fehlen 16.000 Wohnungen«, stellt dagegen die CDU ernüchternd fest. Ob damit die Wohnungspolitik der Bundesregierung angegriffen werden soll? Die REPs hingegen sprechen die Probleme offen an und erwecken den Eindruck, Lösungen aufzeigen und durchsetzen zu können. Wöln diese führen, haben wir im Dritten Reich gesehen. Tatsäch-

lich verkleistern die REPs mit ihren Parolen die Hirne der Menschen.

Im Rhein-Main-Gebiet wurden bisher fast alle REP-Veranstaltungen unterbunden. Städte und Gemeinden verweigerten den Nazis Räume. Unrühmliche Ausnahme ist bisher nur die Landeshauptstadt Wiesbaden,

wo Oberbürgermeister Exner (SPD) eine REP-Veranstaltung genehmigt hat. Dagegen gab es massiven politischen Druck von SPD-Ortsvereinen und DGB. Der SPD-OB beharrte jedoch auf seiner Entscheidung, da die REPs ja eine demokratische und gutbürgerliche Partei seien, denen man Räume zur Verfügung stellen müsse.

Innerhalb von einer Woche wurden fast 1.000 Antifaschisten zu einer Gegendemo mobilisiert, darunter JRE-Mitglieder aus Frankfurt, Hanau und Gelnhausen. Trotz eines massiven Polizeiaufgebots wurde der Zugang von uns erfolgreich blockiert. Kaum mehr als 20 Leute waren am Ende auf der Veranstaltung der REPs. Aber wir können noch so erfolg-

Einschüchterungsversuch gegen Linke in der SPD

Gegen Heiko Kretschmer, Mitglied des Juso-Bundesvorstands, ist vom Bezirksvorstand der SPD Hessen-Nord ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Parteausschlusses eingeleitet worden. Ihm wird »parteisichtädiges Verhalten« vorgeworfen, weil er die Zustimmung der SPD zur faktischen Abschaffung des Asylrechts als Kapitulation vor rassistischen Gewalttätigen bezeichnet und Parteichef Engeln zum Rücktritt aufgefordert hat. In einem Protestschreiben des Kasseler Jusos heißt es dazu: »... Wir sind der Auffassung, daß es bei so wichtigen Fragen wie bei dem Asylrecht, wo es für viele Flüchtlinge um Leben oder Tod geht, kein Stillhalten wegen des Kommunalwahlkampfes geben darf... Solche Stellungnahmen sind sogar äußerst wichtig, damit die Öffentlichkeit erfährt, daß nicht alle Teile der Partei gewillt sind, den derzeitigen Rechtsruck der Führung hinzunehmen und an den Grundprinzipien des demokratischen Sozialismus festhalten...«

Schickt Proteste an: SPD Hesser-Nord, Humboldtstr. 8, 3500 Kassel

23. März 1933

»Demokraten« stimmen für Hitler

Vor 60 Jahren, am 23. März 1933 vernichtete Hitler endgültig die Verfassung der deutschen Republik. Und jeder einzelne liberale und christlich-demokratische Abgeordnete stimmte zu.

Hitler brauchte diese Stimmen, denn für die Annahme dieses Ernächtigungsgesetzes wurde eine Zweidrittelmehrheit benötigt. Ohne die Unterstützung der Vorgänger von CDU, CSU und FDP hätte Hitler seine Sondervollmachten nicht legal bekommen können. Allein die SPD-Fraktion stimmte gegen die Diktatur, die KPD war bereits verboten.

Das Gesetz ermächtigte die Regierung, neue Gesetze ohne Zustimmung des selbstentmachteten Reichstags zu erlassen. Und es hieß dort: »Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichend...«

Die meisten der parlamentarischen Henker der Demokratie genossen ein schönes Leben unter den Nazis. Viele setzten ihre politische Karriere nach 1945 fort. So auch erste Bundespräsi-

dent nicht wissen, was die Faschisten vorhaben, zieht nicht. Es gab schon seit zehn Jahren das Beispiel der faschistischen Diktatur in Italien und seit Ende der 20er Jahre den Straßenterror der SA.

Außerdem gab es schon vor dem 23. März die Verordnungen des Reichspräsidenten Hindenburgs. Er schränkte am 4. Februar die Versammlungs- und Pressefreiheit ein. Zwei Tage später stellte er 40.000 SA-Gangster als Polizisten in Preußen ein, um ihren Terror gegen die Linke zu »legalisieren«. Am 28. Februar hob er die Grundrechtsartikel der Verfassung auf, die KPD wurde verboten. Allein in März und April wurden offiziell 25.000 politische Gegner, die meisten Kommunisten und auch Sozialdemokraten, verhaftet und den Greueln der SA ausgeliefert.

Gleich am Anfang der Sitzung am 23. März wurde ein Antrag der SPD auf Freilassung ihrer verhafteten Abgeordneten abgelehnt. Allerdings erwähnte sie mit keinem Wort das Schicksal der KPD-Abgeordneten, die gefoltert wurden oder auf der Flucht waren.

Die Zentrumspartei tarnte ihre Un-

terscheidung zwischen »Schutzhaft« und »Strafverfahren«. Nicht alles, was verfassungsgemäß und in juristischem Sinne rechtsstaatlich ist, ist demokratisch!

FDP-Bundespräsident Theodor Heuss sagte 1967 zur rückwirkenden Rechtfertigung: »Illusionen über das Gewicht eines Ja oder Nein konnte ich nicht haben. Denn ... das Ernächtigungsgesetz z. B. hat für den praktischen Weitergang der nationalsozialistischen Politik keinerlei Bedeutung gehabt.«

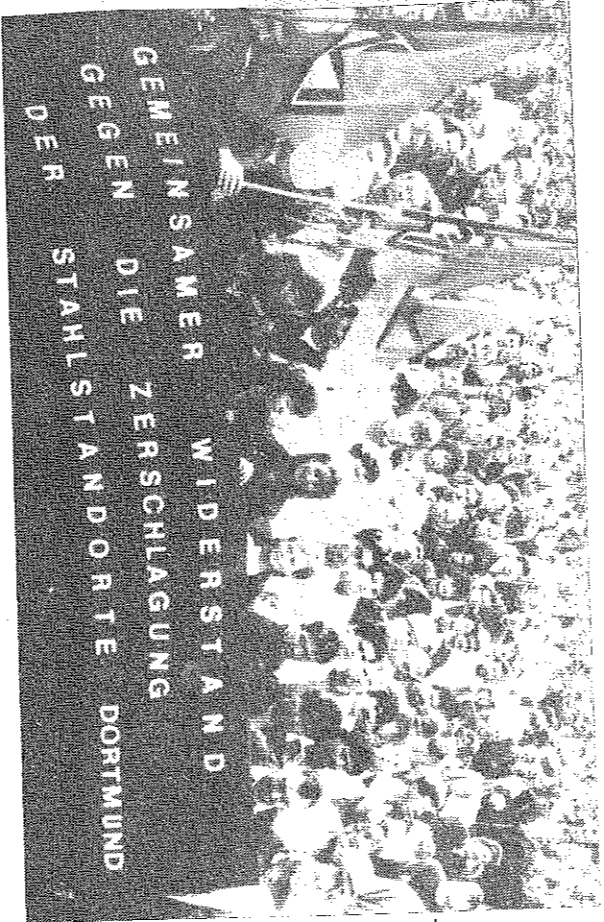
Aber das »Ja« aller bürgerlichen Abgeordneten gab Hitler die notwendige Zweidrittelmehrheit, die die Wähler Hitler bei der Reichstagswahl zwei Wochen vorher verweigert hatten. Noch schlimmer: Mit ihrem »Ja« verkleideten diese »Demokraten« die Terrorherrschaft mit einem legalen Mantel. Am nächsten Tag rüb sich Goebbels die Hände »jetzt sind wir verfassungsmäßig die Herren des Reiches.« Die Nazi-Richter berten sich nach 1945 auf dieses Gesetz und die Verordnungen Hindenburgs — und wurden zum Justiz-Apparat der Bundesrepublik.

Stahlkrise

Arbeiter-Solidarpaket Gegen Bosse, Bonn und Brüssel!

Die Stahlbosse und ihre Regierungen in Bonn und Brüssel blasen zum Generalangriff auf Stahlarbeitsplätze und -standorte: bis 1995 sollen 40.000 vernichtet werden. Auch im Bergbau stehen Entlassungen und Zerschließungen an. Die Verödung ganzer Regionen wird dabei in Kauf genommen.

- Was es bedeutet, wenn industrielle Kerne plattgemacht werden, kann man nach 10 Jahren Thatcherismus in Britannien, aber auch hautnah in den neuen Bundesländern beobachten. Einsatzarbeitsplätze im Dienstleistungssektor können dies nicht ausgleichen. Wir brauchen eine Perspektive, auch für die Jugend in den betroffenen Regionen. Deshalb müssen unsere ersten Forderungen sein:
- Erhalt jedes einzelnen Stahlstandorts
- Kampf um jeden einzelnen Arbeitsplatz



lich der Muttergesellschaften. Denn wir können uns nicht mit juristischen Tricks wie rechtlich selbständige Stahl-töchter abspelen lassen, um den Durchgriff auf die Mutterkonzerne zu blockieren. Auf diese Weise werden sonst Verluste sozialisiert, während die Gewinne in privater Hand bleiben. Doch das Beispiel Ruhrkohle AG zeigt, daß auch dies nicht ausreicht. Denn schließlich soll es nicht um »gleichmäßigen« und »sozial abgefederten« Arbeitsplatzabbau unter staatlicher Regie gehen. Wir brauchen auch keine Mißwirtschaft von Staatsbürgern statt von Privatmanagern. Gemeineigentum macht nur dann Sinn für Arbeitnehmer, wenn es mit demokratischer Kontrolle von unten einhergeht, wenn es mit einer Wirtschaftsplanung im Interesse der Masse der arbeitenden Bevölkerung verbunden ist.

Inmer wieder ist von Überkapazitäten die Rede, von Stahl als »Altindustrie«. Brauchen wir etwa nicht einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Bundesbahn, des sozialen Wohnungsbaus? Wie kann es nach gesundem Menschenverstand »Überkapazitäten« beim Profifußball geben, solange das marode Schienennetz der Reichsbahn nicht erneuert ist? Nötig ist ein Produktionsplan, der an den gesellschaftlichen Bedürfnissen statt am Profit ausgerichtet ist. Ein nationales Stahlkonzept könnte also umfassen:

- Enteignung der Stahlbosse
 - Überführung der Stahlöchter- und Mutterkonzerne in Gemeineigentum bei demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
 - Aufstellung eines Produktionsplans, der sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen statt am Profit orientiert
- Staatskonzerne und Planung der Wirtschaft sind auch im Jahr 3 nach dem Ableben der DDR kein Übel »an sich«. Es kommt drauf an, wer plant und in wessen Interesse geplant wird. Deshalb brauchen wir demokratische Kontrolle und Verwaltung in den Betrieben, denn genau daran hat es in den alten Staatsbetrieben der DDR gemangelt bzw. mangelt es auch in den Staatsbetrieben der Alt-BRD, in denen

häufig auch keine andere Politik betrieben wird als unter privatem Management. Wenn durch demokratische Kontrolle die Anbindung an die Interessen der Basis gewährleistet ist, können Entscheidungen im Interesse einer abgehobenen und privilegierten Bürokratie vermieden werden.

Ein solches Konzept könnte der erste Schritt auch für internationale Lösungensätze sein, die zusammen mit den Gewerkschaften und Belegschaften anderer Länder erarbeitet werden könnten.

Nicht spalten lassen!

200.000 Arbeitsplätze sind in den letzten 20 Jahren im Stahlbereich verlorengegangen. Wie lange soll es noch so weiter gehen mit der Salami-Taktik der Unternehmer, die da lautet: x Arbeitsplätze müssen abgebaut werden, um den Rest zu erhalten? Mit dem Ausspielen eines Standorts gegen den anderen? Wir dürfen uns weder national noch international gegen andere Belegschaften aufhetzen lassen.

Die Stahlboszen haben lange Jahre Übung beim Ausspielen der Standorte gegeneinander. Jetzt wollen sie die Belegschaften von Hoersch Dortmund und Krupp-Rheinhausen mit der Ankündigung gegeneinander aufzuwecken, der wirtschaftlichere Betriebsteil bliebe bestehen.

Wer glaubt, es gäbe ein Überleben als einzelner Standort, der irt gewaltig. Niemand sollte dies besser wissen als die Rheinhauser Belegschaft. Hätte nicht Friedhelm Farthmann damals schon gesagt, allenfalls Duisburg sei ein Standort, nicht aber Rheinhausen? Jetzt sind eine Reihe von Standorten



Krupp Siegen Ihr habt die Rechnung ohne uns gemacht

Der Widerstand gegen die Pläne von Cromme und Konsorten, unsere Region in den nächsten Jahren zu einer Industriewüste zu machen, lief sofort an.

Auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung am 8. Februar wurde die Kampfgenossenschaft der Kolleginnen und Kollegen geweckt, die sich eine Woche darauf in einer Großdemonstration mit Kundgebung niederschlug.

Rund 7.500 Menschen machten mit ihrem Erscheinen klar, daß sie dem Treiben der Stahlbarone nicht tatenlos gegenüberstehen. Kolleginnen und Kollegen aus der metallverarbeitenden Industrie sowie dem Handel und öffentlichen Dienst solidarisierten sich mit den Stahlarbeitern.

Die eingeladenen Gewerkschafts- und Parteifunktionäre ließen ihr mittlerweile traditionelles Solidaritäts-Gelächter nicht über die Köpfe der Teilnehmer hinweggehen. Die Arbeiter aller Länder sind die

und Belegschaften gleichzeitig betroffen. Der Kampf muß daher gemeinsam in der gesamten Stahlindustrie geführt werden, er sollte mit den ebenfalls betroffenen Bergleuten zusammen lauffen. Nötig ist enge Zusammenarbeit zwischen IG Metall und IG Bergbau.

Wir müssen da weitermachen, wo Rheinhausen vor fünf Jahren aufgehört hat, und dabei von Anfang an »eine Schippe mehr« drauflegen. Demos, Autokorso, Fackelzüge, Appelle und Mahnwachen — das beindruckt inzwischen weder Boszen noch Politiker allzu stark. Selbst Straßenblockaden verlieren einen Teil ihrer Wirkung, wenn sie nachts bei wenig Verkehr als Medienspektakel ablaufen (statt wie seinerzeit in Rheinhausen morgens im Berufsverkehr und ohne Voranmeldung). Daß große Kampfbereitschaft an den Stahlstandorten vorhanden ist, ist auch ohne solche »Aufwärm-Gymnastik« klar; sie kann im Gegenteil nur frustrieren, wenn nicht schnell eine weitergehende Kampfperspektive aufgesetzt wird. Diesmal geht es ums Ganze, da müssen auch die Kampfmaßnahmen die Gegenseite dort treffen, wo sie es spürt: Vollstreik in der Stahlbranche bzw. in den gesamten Mutterkonzernen, Betriebsbesetzungen in Verbindungen mit Fortführung der Produktion unter eigener Regie, schnelle Ausweitung der Kampfnahmen auf die gesamte Metallbranche. Schließlich werden in Ostdeutschland gerade lautende Metall-Tarifverträge zu Mäkulatur erklärt — eine Kampfansage, auf die die IG Metall ohnehin mit ihrer ganzen Organisationskraft reagieren muß.

Die IG Metall-Führung hat den Arbeitskampf vor fünf Jahren in Rheinhausen nach eigenen Worten »flankiert«, d.h. lauwarm begleitet. Seitdem ist die Gewerkschafts Spitze nicht eben kämpferischer geworden. Das bedeutet, daß starker Druck von unten nötig sein wird, um sie insgesamt zu bewegen. Diesmal darf es keine faulen Kompromisse oder halbherzige Kampfansagen geben, sondern Vollmobilisierung aller Beschäftigten und Ausdehnung aller Kampfmittel.

Angela Bankert, Köln
SPD-Mitglied

Die Wit der Arbeiter bekam daraufhin der Vorstandsvorsitzende der Krupp Stahl AG in Bochum, Harnisch, um das für Profistahl zuständige Vorstandsmitglied Krüger in einer weltren außerordentlichen Betriebsversammlung zu spüren. Harnisch flog Cola-Dosen und Schutzhelme um d Oben. Krüger, der drei Wochen zuvor dem Betriebsrat versichert hatte, Si gen würde nicht plattgemacht, ka gar nicht mehr zu Wort.

Im Anschluß daran zog ein Fackelzug mit 5.000 Menschen durch die Stadt, begleitet von Flugblatt-Aktivisten (Jusos, JRE). Darauf folgte wieder eine Kundgebung mit Apparatschik-Quatsche und ein 24-stündiger Totstreik der Belegschaft. Weitere Proteste sind geplant.

Torsten Steig, Siegen
IG Metall- und JRE-Mitglied

Osteuropa als Sündenbock

Die Unternehmer haben schon einen Sündenbock ausgemacht: und natürlich liegt er wieder im Ausland, vor allem in Osteuropa. Auch dies ist — ebenso wie die Asyldebatte — ein Ablenkungsmanöver und schritt Nationalismus. Die Stahlimporte aus Osteuropa machen gerade ein Prozent des EG-Stahlmarkts aus und können somit kaum die Ursache der Stahlkrise sein. Der Stahl aus Osteuropa ist deswegen so billig, weil zu Niedriglöhnen produziert wird, und diese Länder gerzwungen sind, Stahl zu Schmelzpreisen auf den Weltmarkt zu werfen, um ein paar Devisen zu erhalten. Diese Politik wird ihnen seit geraumer Zeit gerade von den kapitalistischen Industrieländern und ihren Einrichtungen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds aufgezwungen. Den Vorteil ziehen vor allem die Bosse im Westen daraus, ganz wie aus der Dritten Welt.

Der Ausbau der Festung Europa und die Abschottung der Märkte nach außen haben nur Sinn für die

The Arbeiter aller Länder sind die

Beitrags erhöhungen für KiTas in NRW Mehr für weniger? Nicht mit uns!

Kölnner Eltern sind stinksauer — und wollen etwas gegen die von der Landesregierung NRW beschlossenen Kindergartenbeitrags erhöhungen tun. Dies ist das Fazit einer Veranstaltung mit ca. 70 Eltern, die Mitte Februar stattfand.

Die Initiatoren (vier Eltern eines Kölner Innenstadtkindergartens) hatten alle 400 Kindertrageseinerrichtungen mit einem Flugblatt aus der Überlegung heraus eingeladen, die Beitrags erhöhungen — die zum 1. März rechtskräftig werden — nicht widerstandslos hinzunehmen. Außerdem wollten wir herausfinden, ob andere Eltern genauso empört sind wie wir.

Wir mußten nicht lange auf die Reaktion warten. Schon eine Viertelstunde vor Beginn trafen die ersten Eltern ein, bis der große Sitzungssaal voll war. Alle Bevölkerungsschichten schienen vertreten zu sein. Wir hatten das Gefühl, daß die Leute nur darauf gewartet hatten, daß jemand die Initiative ergreift.

Die Stimmung im Saal war ziemlich kämpferisch und vor allem gab es Wut auf die SPD-Landesregierung. In den 70er Jahren ist die SPD mit dem Anspruch angetreten, die öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für die Eltern kostenlos zu machen, weil man einsah, daß die Kleinkindererziehung pädagogisch und sozial sinnvoll ist und von daher Staatsaufgabe sein sollte.

Daraus wurde nichts — und jetzt droht sogar der erst 1992 in einer Broschüre des MAGS (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) versprochene »Nulltarif für das zweite Kind« zum Schnee von gestern zu werden. Denn um die angestrebte neunzehnprozentige Deckung durch Elternbeiträge zu erreichen, wird im Landtagsentscheid über einen »halben« Beitrag für Zweitkinder diskutiert. So formulierte es ein älterer Mann: »Wir sind die Stammwähler der SPD — jetzt sollten wir es ihnen zeigen!«

Auch wenn die meisten Eltern sicherlich bereit sind, einen für ihre Einkommensverhältnisse angemessenen Beitrag zu zahlen, ist die Grenze mit den neuesten Erhöhungen erreicht. Denn sie entbehren jeglicher Verhältnismäßigkeit, bedeuten sie doch zweimal innerhalb von 15 Monaten eine Steigerung um je ca. 40 Prozent. Wer kann das schon von seinem Lohn oder Gehalt behaupten?

Es blieb nicht beim Reden und Dampfbläser Am Ende der Veranstaltung hatten sich 10-15 Leute eingeregnet, um in einer Arbeitsgruppe die nächsten Schritte herauszuarbeiten. Unter anderem sehen wir die Möglichkeit, durch massiven öffentlichen Druck auf die Politiker die Einführung des Beitrags für das zweite Kind zu verhindern.

Was die Beitrags erhöhungen zum 1. 3. 93 betrifft, wurde den Teilnehmern erst einmal empfohlen, beim Jugendamt schriftlich Einspruch gegen den Bescheid einzulegen. Dafür hatten wir ein Musterscheibchen vorbereitet, das reißenden Absatz fand! Darüber hinaus wurde die Möglichkeit erwähnt, die höheren Beiträge zu boykottieren. Das konnte nicht ausdiskutiert werden, aber daß auch diese Maßnahme auf Interesse stoßen könnte, machte der Kommentar einer Frau nach der Veranstaltung deutlich: »Das sehen wir nicht ein, wir haben schon längst in unseren Kindergärten überlegt, die Bezahlung der Beiträge zu verweigern!«

Fiz Garvie, Köln
Mutter und Mitinitiatorin

Millnotstand

Der Kapitalismus, die Krise und der Müll

Ende letzten Jahres sperrte Frankreich seine Grenzen für Müllimporte aus Deutschland, in einigen Städten in Baden-Württemberg wußte man daraufhin nicht mehr, wohin mit dem Müll. Damit wurde von heute auf morgen auf unangenehmste Weise bewußt, wie rücksichtslos und verschwenderisch die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft ist.

Ein anderes Ereignis machte damals ebenfalls schlagartig klar, daß die Abfallpolitik in der BRD überhaupt nicht geregelt ist: Anfang Oktober brach in einer Kunststoffrecyclingfirma im westfälischen Lengerich ein Brand aus. Es wurde Dioxin in größeren Mengen freigesetzt, so daß befürchtet werden mußte, daß ganze Stadtteile von Lengerich unbewohnbar würden. Ist Recycling neuerdings auch gefährlich? Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz und die BASF haben jetzt eine neue Methode zur Durchsetzung von Giftmüllverbrennungsanlagen gefunden: Die Anlage wird einfach auf dem Werksgelände der BASF errichtet, wo schon seit eh und je Umweltschmutzung in großen Stil betrieben wird.

Und zu alledem nervt uns nun schon seit längerem der Grüne Punkt, neuerdings gibt es dafür sogar Werbung im Radio (Stüdwestfunk 3).

Wie geht es weiter? Die Wirtschaft treibt in eine Rezession. Wenn die Profitaussichten in der Krise sinken, versuchen die Kapitalisten, dies wieder

aufzufangen, zum Beispiel indem sie Lohnverzicht und Verlängerung der Arbeitszeit propagieren oder eben auch durch Ausübung von Druck zur Aufweicung von Umweltauflagen. Auch die Städte und Gemeinden geraten in immer größere finanzielle Nöte. Hier wird dann oft der scheinbar einfachste und billigste Weg beschritten.

Müllkippe Ostdeutschland

Müllexporte nach Frankreich wird es zwar nicht mehr geben, doch in Ostdeutschland gibt es ja noch Deponien (z.B. Schötheberg), wo man seinen Müll und Sondermüll gut los wird, und wenn das irgendwann auch nicht mehr geht, gibt es ja noch einige Länder in Osteuropa, wo man gegen ein Kleines Bestechungsgehd sein Giftzeug abladen kann.

Kohl und Töpfer machen keine Abfallpolitik, geschweige denn eine Abfallvermeidungspolitik; sie schieben den Abfall nur hin und her — und jetzt am besten alles in den Osten.

Im vorpommerischen Torgelow sollte auf einer Fläche von 150 Fußballfeldern eines der größten Müllzentren Europas geschaffen werden. Der ganze Müll aus der alten Bundesländern sollte dort untergebracht werden. Die ganze Wald- und Heidelandschaft der Region wäre dabei draufgegangen.

Außerdem hatten UmweltschützerInnen rausgekriegt, daß die angeblich modernste Technik bei der Reifenverbrennung seit zehn Jahren überholt ist. Diese Müllhalde konnte von den Betroffenen durch einen Bürgerentscheid gestoppt werden: 85,4 Prozent stimmten dagegen. Es ist allerdings zu befürchten, daß die gleiche Abstimmung, ob in Torgelow oder in irgendeiner anderen Gegend von Ostdeutschland, in zwei, drei Jahren anders ausgehen könnte, wenn die Arbeitslosigkeit noch drückender wird. In Torgelow ist bereits heute jeder Zweite beim Arbeitsamt Kunde...

Wundermittel

Müllverbrennung?

Die Müllverbrennung gilt als einfache und billige Methode. Zwar sind die Anlagen irrsinnig teuer, aber man kann ja dann alles in den Osten hauen (wie man meint), es entfällt also eine Sortierung der Wertstoffe, wofür man viele Arbeitskräfte benötigen würde.



Protest gegen Giftmüllöfen in Böblingen

Aachen

Wir lassen unsere Schule nicht plattmachen

An der Volkshochschule (VHS) in Aachen gibt es ein einzigartiges Angebot: Jugendliche und Erwachsene können ihren Haupt- oder Realschulabschluss nachholen, wenn sie das an anderen Schulen nicht geschafft haben.

Zu den Schülern zählen Schichtarbeiter, Ausländer, Analphabeten, ehemalige Drogenabhängige und andere, die durch spezielle Lernangebote (Kleingruppenarbeit, Förderunterricht), vor allem aber durch soziale Betreuung integriert werden. Es herrscht kein Leistungsdruck wie an anderen Schulen. Dadurch schließen 60 Prozent der Schüler die Schule mit Erfolg ab, während es vorher ohne soziale Betreuung nur 17 Prozent waren.

Jetzt hat die SPD-Fraktion in Aachen vorgeschlagen, diese Einrichtung zu schließen. Hauptargument war das Haushaltsloch der Stadt in Höhe von 24 Millionen DM. Die Schüler sollen zur Abendschule wechseln. Das ist für die meisten aber nicht möglich. Viele

sind eben an den Regelschulen »gescheitert«. Dort fehlt auch jede Form sozialer Betreuung. Anmeldungen hat die VHS mehr als sie aufnehmen kann. Zeigt das nicht ihre Notwendigkeit? Die Einsparung wäre minimal: Angeblich beitragen die Kürzungen 270.000 DM. Aber davon trägt das Land Nordrhein-Westfalen mehr als 220.000 DM. Die Stadt spart nur etwa 44.000 DM jährlich, ungefähr soviel, wie sie für die Leuchtreklame am Ludwig-Forum (Museum des Schokoladen-Millionärs Peter Ludwig) ausgeben hat.

Gerade heute sind Angebote wie das der VHS enorm wichtig. Mehr als fünf Millionen Menschen haben in Deutschland keine Arbeit. Weitere massive Entlassungen stehen bevor. Wer da keinen Schulabschluss hat, ist chancenlos.

Zusammen mit den Jusos und Jugend gegen Rassismus in Europa haben wir spontan eine Protestkundgebung vor der SPD-Fraktionsitzung organisiert, um von vorneherein unsere Entschlossenheit zu zeigen, die Schule zu verteidigen. Die Vertreter der SPD-

Fraktion waren überrascht und unvorbereitet. Das war bei einer Diskussion mit ihnen am folgenden Tag natürlich ganz anders. Von den Vorzügen der Schule ließen sie sich natürlich beeindrucken. »Doch irgendwo müssen wir ja sparen.« Bei der VHS wollten sie »kostengünstige Lösungen prüfen.«

Doch was soll das heißen? Zu dieser Schule gibt es kein Alternativangebot! Keine Schule »rentiert« sich! Die Frage ist, wieviel man für sie ausgeben will! Sind unsere Sozialarbeiter oder pädagogisch gute Lehrer der im Vergleich zu anderen Schulen untragbare Kostenfaktor? Gerade sie machen die vertrauensvolle Atmosphäre der Schule aus, unterscheiden sie von anderen, sind der Grund für den Erfolg!

Bildung darf kein Luxus für eine kleine Elite sein. Bildung ist ein allgemeines Recht! Doch diese Ansicht teilen nicht alle gutverdienenden Stadtratsmitglieder. Der Finanz- und Bildungs-»Experte« der SPD, Claus Haase, sagte nach der Diskussion zu Schülern, Haupt- und Realschulabschlussbereich der VHS seien nicht zu gleich nötig. Für die Schüler sei ja wohl

Und rentieren tut sich das auch: Es wird Strom und Fernwärme erzeugt. Daß es nicht so einfach ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Müllverbrennungsanlagen (MVAs) sind inzwischen für ihre Dioxin- und Schwermetallemissionen berüchtigt.

Wie der Bevölkerung eine riesige MVA aufgedrückt wird, kann man am Beispiel Weifenhorn in Bayern sehen: Der Müllnotstand im Landkreis wird durch Nichtausweisen von neuen Deponen und Abblocken von Kompostierungs- und Recyclingprojekten durch die CSU-Kreislagernheit künstlich verschärft. 1985 wurde der Bau einer für den Landkreis erheblich überdimensionierten MVA beschlossen, der Bau verschlingt 170 Millionen DM. Im Landkreis wurde mittlerweile auf Druck der Bevölkerung ein vorbildliches Müllkonzept mit dezentralen Kompostierungsanlagen und Wertstoffhöfen eingeführt, was eine Verringerung der Müllmenge um 40 Prozent bewirkte. Doch den Einwohnern nützt das nichts: Die kommunale Verwaltung zieht einen lebhaften Tauschhandel Schlacke gegen Müll auf (die Ausweisung einer Schlackedepotie war ebenfalls verhindert worden). Mit diesem Trick wird die Verbrennung von fremdem Müll durch die Hintertür ermöglicht. Jetzt gibt es Bestrebungen, die MVA zu privatisieren und so noch die letzten Reste öffentlicher Kontrolle auszuuschalten.

Damit endlich was getan wird gegen die Müllfüt fordern wir:

- Müllvermeidung und Recycling statt teurer Drecksacklauden. Mehrweg statt Einwegverpackungen.
- Einführung des Verursacherprinzips: Wer Müll verursacht, muß auch die Kosten für die Entsorgung tragen. Eine Abwälzung auf die Allgemeinheit, zum Beispiel über den »Grünen Punkt«, darf es nicht geben.
- Stopp der PVC-Produktion. Flächendeckendes Netz von Kompostieranlagen.
- Depontierung des Restmülls auf sicheren Deponen.
- Einführung der Arbeitnehmerkontrolle in der gesamten Wirtschaft, um die gezielte Produktion von schnell verschleißenden Produkten zu unterbinden. Einsicht von Belegschaften und Gewerkschaften in alle geschäftlichen, technischen und sonstigen Unterlagen der Betriebe.
- Versstaatlichung der Pharma-, Chemie-, Petrochemie und Mineralölkonzerne (die zu den größten Konzernen der BRD gehören). Demokratische Verwaltung dieser Betriebe durch Vertreter der Belegschaften, Gewerkschaften und des Staates.

Matthias Scheibe, Aron Amm,
Stuttgart

ein Hauptschulabschluss völlig ausreichend zu Qualifizierung auf dem Arbeitsmarkt...

Außerdem sind am Haushaltsloch der Stadt Aachen nicht die Schüler der VHS schuld, sondern die Bundesregierung mit ihren Mittelkürzungen und die Unternehmen, die keine Gewerbesteuer gezahlt haben und die Stadt mit der Drohung zu abzuwandern. Der SPD-Stadtrat wälzt die Folgen jetzt auf die ab, die unter der Krise schon am meisten leiden: kein Schulabschluss, kein Job, keine Wohnung usw.

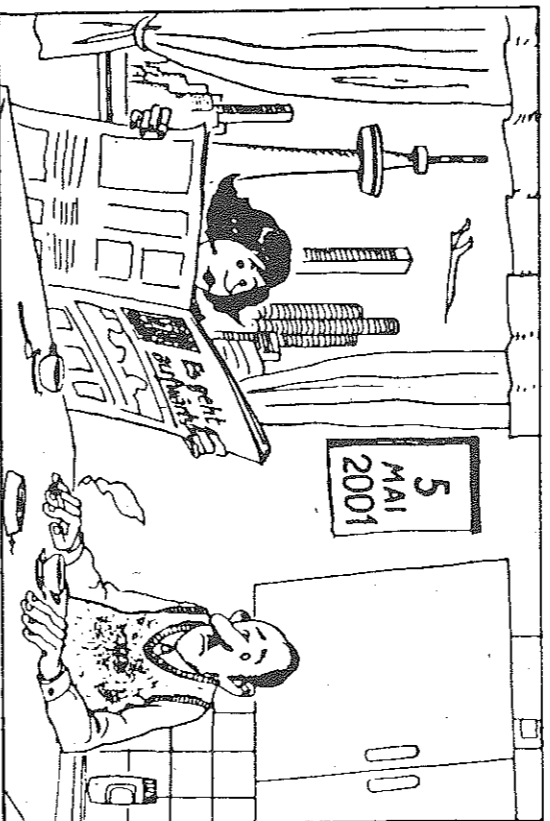
Ein Erfolg des bisherigen Protestes ist immerhin die mündliche Zusage, daß an der VHS doch nicht gespart werden solle. Solange das jedoch nicht feststeht, werden wir weiter für Druck in der Öffentlichkeit sorgen. Fest steht leider jedoch auch, daß die Stadt nicht die wahren Schuldigen angreift, sondern da sparen wird, wo sich kein Widerstand regt...

Olivia Lok, Aachen
Schülerin im Schulabschlussbereich der VHS

Für das Recht auf eine Zukunft

Der massive Arbeitsplatzabbau im Zuge der Rezession trifft vor allem die Jugendlichen. Die älteren ArbeitnehmerInnen werden oft frühzeitig den Ruhestand geschickt, aber die Arbeitsplätze verschwinden und somit die Chancen auf Übernahme nach der Ausbildung.

So machen rund 130.000 Metall-Azubis dieses Jahr ihre Abschlussprüfungen. Aber nach Umfrageergebnissen aus etwa 1000 Metallbetrieben, die die IG Metall-Jugendabteilung hochgerechnet hat, werden nur 60.000 fest übernommen. Mindestens die Hälfte wird sofort vor die Tür gesetzt oder mit auf drei bis sechs Monate befristeten Verträgen abgespeist. Im Stahlbereich erhalten nur 27 Prozent einen unbefristeten Arbeitsvertrag.



»Die Industrie richtet dieses Jahr wieder 10.000 Lehrstellen neu ein. Vielleicht ist diesmal eine für dich dabei, Papai!«

Für die Unternehmer geht es darum, die Kosten zu senken und ihre Profite zu sichern. Wir bezahlen dafür die Zechen und ganzen Generationen von Jugendlichen wird die berufliche Zukunft verhaubt wird. Auch die Möglichkeiten für eine Weiterqualifizierung nach der Ausbildung durch Nachholen von Schulabschlüssen bzw. Studium werden zunehmend beschränkt.

Wir fordern:
 ● Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsstellen



Kassel

Spontaner Schülerstreik

Nachdem schon in mehreren sozialen Bereichen Einsparungen beschlossen wurden, haben die Regierenden einen neuen Bereich gefunden, dem man die Gelder kürzen kann: Der Bildungsbereich. So wurde im Juni 92 das neue Hessische Schulgesetz verabschiedet.

Neben vielen positiven Erneuerungen — so hat z. B. die Schülerversammlung mehr Rechte als je zuvor — beinhaltet es einen Paragraphen, der für SchülerInnen und LehrerInnen an den Oberstufengymnasien gleichermaßen unakzeptabel ist: Der §33 (3) besagt, dass die Anzahl der SchülerInnen einer

Deutsche Airbus Bremen Flugzeugbauer fliegen

»Wie sieht es denn nach der Ausbildung mit einer Übernahme aus?« war meine Frage während eines Vorstellungsgesprächs bei der Deutschen Airbus vor ziemlich genau dreieinhalb Jahren.

»Ach, da mach Dir mal keine Sorgen«, war die Antwort, »der Airbus geht weg wie warme Semmeln und der Jäger 90 wird bestimmt in alle Welt verkauft. Außerdem lernst Du einen qualifizierten Beruf und weil sich heute kaum noch jemand die Hände schmutzig machen will, wirst Du als Handwerker immer Arbeit finden.« Gut, dachte ich mir und unterschrieb mangels besseren Wissens den Lehrvertrag. Ich sah mich schon als gutbezahlten Facharbeiter mit dickem Auto und einer riesigen Wohnung in der Bremer Innenstadt.

Am Himmel ist kein Platz mehr? Es gibt schon zu viele Flugzeuge? Ja genau, aber zu wenig Airbuse und genau die werde ich bauen!



Einen Dreck werde ich. Meine doch etwas blauäugige Zukunftsperspektive von vor einigen Jahren hat sich mittlerweile Stück für Stück ins Gegenteil gekehrt.

Die Lehre selbst war alles andere als interessant und qualifiziert. Einen Großteil meiner praktischen Fähigkeiten schleppe ich jetzt als Ballast mit mir herum, weil sie in der Produktion oft nicht mehr gebraucht werden oder mittlerweile schlicht verboten sind. Und wollen wir mal etwas Sinnvolles oder für den Beruf Nützliches lernen, so mussten wir ständig dem Ausbildungsleiter hinterherlaufen.

Und heute, wo die Lehre beendet ist? Die über 30 KollegInnen aus meinem Lehrjahr sind alle übernommen worden, betristet für sechs Monate. »Ausschließlich aus sozialen Gründen«, steht in fatter Schrift und unterstrichen in unseren Arbeitsverträgen. Das wir unsere Sachen packen können, wurde uns just in dem Moment mitgeteilt, als wir uns zusammensetz-

Interview mit Volker aus Aachen, arbeitslos

»Auf die Uhr schaue ich nicht mehr«

»Ich habe im Januar 1992 meine Ausbildung als Handelsfachpacker beendet. Von der Ausbildungsfirma wurde ich zwar übernommen, habe aber später aufgehört, weil das Arbeitsklima nicht stimmte und das Lager an eine Fremdfirma übergeben wurde.

Wie siehst Du die Chance, Arbeit zu finden?

Sehr schwer, aber nicht unmöglich. Schwer wegen der momentanen Wirtschaftslage und meinen Sprachproblemen, da ich Stotterer bin. Es ist zwar einfach, irgendwelche Ausreden zu finden, doch glaube ich schon, daß viele mich wegen meiner sprachlichen Probleme nicht wollen. Das zeigt sich insbesondere, wenn ich telefonische Bewerbungen habe, die ich vom Arbeitsamt öfters bekomme.

Doch da ich eine Ausbildung und auch einen Computer-Kurs gemacht habe, mache ich mir schon irgendwelche Hoffnungen. Mein Freund zum Beispiel hat in fünf Jahren vielleicht ein Jahr gearbeitet, und das liegt nicht daran, das er faul ist, sondern daran, daß er keinen Ausbildungsstellenmarkt hat. Das sind Sachen, die er jetzt nachholen muß, und daher glaube ich, daß ich es relativ einfach habe.

Was hältst Du von der jetzigen Politik der Bundesregierung und was ärgert Dich am meisten?

Also mit Politik kannst Du mich ja gen, davon habe ich keine Ahnung. Doch finde ich es eine Unverschämtheit der Regierung, wenn sie nur ihre Dämonen nicht nur beibehalten sondern erhöhen. Mit meinem Arbeitslosengeld komme ich eigentlich gut zurecht, jedoch liegt das daran, daß ich noch bei meinen Eltern wohne. Doch zum Sparten reicht es auch nicht mehr. Der Bildungsbereich, eine wie ich finde überhaupt wichtige Sache, ist auch von Kürzungen bedroht. Dadurch wird es so gut wie unmöglich gemacht, daß man sich weiterbilden kann, und wer nicht die Möglichkeit zur Weiterbildung hat, wird auch schwer Arbeit kriegen. Wahrscheinlich laufen bald nur noch Idioten rum, da der Bildungsbereich nur noch für Leute aus guten Verhältnissen gedacht ist. Besonders ärgert mich, daß die SPD untätig danebensteht. Ich glaube, wenn die Raps in den Bundestag kommen, gibt es eine schwarz-rot-braune Koalition. Armes Deutschland!

Wie verbringst Du Deine Zeit?

Zeit ist ein Begriff, den ich nicht mehr kenne, da ich öfters die ganze Nacht nicht schlafen kann und wenn ich mal spät am Morgen einschlafen sollte, kann ich ja auch aufstehen wann ich will. Auf die Uhr schaue ich eigentlich nicht mehr. Ansonsten lese ich viel, oder mache häufiger bei Aktionen von Jugend gegen Kaszinus in Europa mit. Da ich nach der Schule ca. zwei Jahre arbeitslos war, weiß ich, wie grausam es ist, wenn man nichts zu tun hat. Insbesondere weiß ich daher auch, wie einfach es ist auf braunes Gedankengerüst zurückzugreifen. Zum Glück hatte ich damals keinen Ansprechpartner, sonst...

Ich finde es echt gut, daß JRE versucht, an Schulen Aufklärungsarbeit zu leisten, da das die einzige Möglichkeit ist, Jugendliche von den Braunen fernzuhalten.

seler Oberstufengymnasien Vollversammlungen einberufen, in denen wir die Schülerschaften informierten und zum Streik aufriefen.

Fast alle dieser Schulen gingen dann auch geschloßen zu der Demonstration, so daß wir mehr als 1.500 Leute waren. Die einzelnen Schulen trafen sich in der Innenstadt und gingen dann gemeinsam zum Regierungspräsidentum, wo eine spontane Kundgebung stattfand.

Teilerfolg

Nun hat die hessische Landesregierung die Entscheidung über den Antrag auf Streichung des §33 (3) kurzzerhand auf den 18. März verschoben, da man wohl Angst hat, daß eine Ablehnung des Antrages weitere Proteste hervorrufen würde, was der (SPD-)Regierung Stimmenverluste bei der Kommunalwahl am 7. März bringen könnte. Diese Verschöberung der Entscheidung bedeutet aber auch, daß wir mehr Zeit haben, weitere Aktionen gegen den §33 (3) zu machen. Unter-schriftensammlung und hessenweite Demonstration sind bereits in Planung.

Wir müssen nun versuchen, eine breite Front gegen die Kürzungen im Bildungsbereich aufzubauen. Wir dürfen nicht akzeptieren, daß die Defizite, die durch die Finanzpolitik des Bundes entstanden sind, über die Landesregierungen auf den Rücken der Schüler und Studenten oder noch schwächere Teile der Gesellschaft abgewälzt werden.

Boris Bouchon

Mitglied der Schülervertretung der Henderschule, Kassel

Pläne für weltweite Kampfeinsätze der Bundeswehr

Vor drei Jahren waren Kampfeinsätze der Bundeswehr noch kein Thema, heute werden sie täglich gefordert. Von der »gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der Welt« ist die Rede. Jetzt da Deutschland souverän sei, könne es sich den internationalen Verpflichtungen gegenüber der Völkergemeinschaft nicht mehr entziehen. Und, wenn das zu abstrakt ist, dem kann geholfen werden: »Friedensichernd, friedenserhaltend, friedensschaffend, Friedensdurchsetzend« sollen die Einsätze der Bundeswehr sein. Wer will dazu schon Nein sagen?

Wofür soll tatsächlich gekämpft und gestorben werden? Wird die Bundesregierung bei ihren Bestrebungen von ihrem »Verantwortungsgefühl« geleitet oder stecken vielleicht ganz andere, materielle, Interessen dahinter?

Das Ende des langen Nachkriegesatzschwungs in der Weltwirtschaft führte und führt zu wachsenden Spannungen zwischen den westlichen Ländern bzw. Blöcken USA, Japan und EG. Immer neue Handelsstreitigkeiten zwischen und innerhalb der Blöcke sind ein Ausdruck davon. Die Unfähigkeit zu gemeinsamen außenpolitischen Vorgehen, wie z.B. in Jugoslawien, ist ein weiteres Zeichen für zunehmenden Keibereien.

Verschärfte Konkurrenz
Der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten hat diese Rivalitäten nicht erzeugt, sondern nur offen zu Tage treten lassen. Durch die Existenz des Ostblocks waren die westlichen Länder in der Vergangenheit gezwungen, Konflikte untereinander hintenzustellen. Das gelang ihnen um so leichter, als Wirtschaft und Welthandel florierten.

In den kommenden Jahren und Jahrzehnten wird die Weltwirtschaft durch Krisen, Stagnation und Schrumpfung geprägt sein. Dann wird der Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Staaten erbitterter werden.

Auf diese Entwicklung bereitet sich auch der deutsche Militarismus vor. Denn im Zweifelsfall muß man den eigenen wirtschaftlichen Interessen auch militärisch Nachdruck verleihen können. Hier gibt es eine interessante Parallele zu Japan. Japan hat in den zurückliegenden Jahren seine Risikungsausgaben stets kontinuierlich erhöht. Auch Japan, (das nicht durch eine Wiedervereinigung größer geworden ist), steht für ebenfalls eine »gewachsene Verantwortung für die Welt«. Die Regierung will, daß auch japanische Soldaten sich demnächst an Kampfeinsätzen außerhalb des Landes beteiligen können.

Deutschland
Die Aggressivität des deutschen Imperialismus im Ersten und Zweiten Weltkrieg erklärt sich aus dem Widerspruch zwischen seiner leistungsfähigen, hochproduktiven Wirtschaft und dem engen Binnenmarkt. Daran hat sich im Prinzip bis heute nichts geändert. Schon bald nach dem Ende des II Weltkriegs begann der Wiederaufstieg Deutschlands (West). Der Westen und die USA brauchen ein wirtschaftlich starkes und wiederbewaffnetes Deutschland als Bollwerk gegen die Gefahr der sozialen Revolution und als Gegengewicht zu den Kräften des Warschauer Pakts.

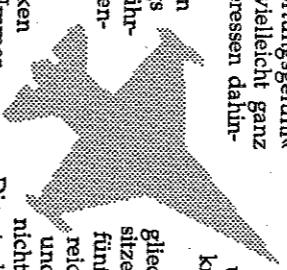
1955 trat die BRD der NATO bei. Gleichzeitig begann mit dem Aufbau der Bundeswehr die Wiederbewaffnung. Das geschah gegen den breiten Widerstand der Bevölkerung.

Mit der wirtschaftlichen Stärke wuchs das Gewicht der BRD. Im Laufe der 80er Jahre hatte sich die BRD eine Führungsrolle in Europa erobert. Ihr wirtschaftliches Gewicht stand den

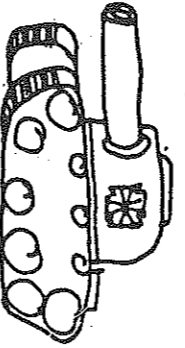
neuen Weltlage militärisch im Ausland intervenieren zu können. Um dieses Ziel gilt es zwei Voraussetzungen zu erfüllen: 1. die militärisch-technischen und 2. die politischen d.h. den Widerstand im eigenen Land brechen. Wobei der letztere der schwerere Teil ist.

Aufrüstung
Die militärischen Voraussetzungen werden derzeit zügig geschaffen, ohne lange auf den Ausgang von Parlamentarischen Verhandlungen zu warten. Bereits Anfang vergangenen Jahres hieß es in einem Zeitungskommentar: »Aber wer die Rüstungsliste genau betrachtet, sieht, was erreicht werden soll — eine Streitmacht, die, personell verringert, an Schlagkraft alles bisher dagewesene in den Schattens stellen würde.« (Süddeutsche Zeitung, 18.1.92)

Die Bundeswehr wird neu organisiert. Sie wird unterteilt in Hauptverteilungs- und Krisenreaktionskräfte. Die Krisenreaktionskräfte sind die zukünftigen Interventionsstruppen. Und die Politiker haben es eilig.



WAS IST DAS?



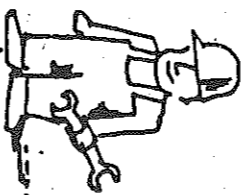
NATÜRLICH, EIN PANZER.

UND DAS?



NATÜRLICH, EIN SOLDAT. DER LERNT, IN DEM PANZER ZU STERBEN.

UND DAS?



NATÜRLICH, EIN ARBEITER. DER MUSS DEN PANZER SAUBERN.

UND DAS?



NATÜRLICH, EIN UNTERNEHMER. DER SICH AN DEM ARBEITER UND DEN SOLDATEN UND DEM PANZER KRUHM UND ANLICH VERDIENST HAT.

ren Ressorts.« (Quelle: Wehntechnik, 1/93). Wo gekämpft wird, da gibt es auch Tote und Verletzte.

Die Diskussion um die personelle Verringerung der Bundeswehr und der vorübergehende Stopp aller Beschaffungsmaßnahmen verkaufte Kohl und Rühle im Februar als Sparmaßnahmen aus Gründen der Haushaltskonsolidierung. Von Sparmaßnahmen in der Größenordnung von 900 Millionen DM war die Rede. Das entspricht ca. 1,7 Prozent des Verteidigungshaushaltes und ca. 0,2 Prozent des Bundeshaushaltes. Wäre das Ziel die Haushaltskonsolidierung, müßten noch ein paar Milliarden mehr eingespart werden.

Hintergrund der Diskussion, auch um die Frage Berufsarmee oder Wehrpflichtigenarmee, sind die »neuen Aufgaben« der Bundeswehr. Die Strategien in Politik, Wirtschaft und Militär brauchen hin und wieder etwas Bedenkzeit, mit welchen Mitteln sie ihre Ziele am besten erreichen können. Sie sind weder Kriegsetzer noch Friedensengel, sondern schlicht Realisten. Sie überlegen nur: Was ist notwendig, wie können die Interessen der deutschen Konzerne nach Absatzmärkten, billigen Rohstoffen und wirtschaftlichem Einfluß in Zukunft durchgesetzt werden? Und sie können zu dem Schluss: Wir brauchen militärische Stärke und uneingeschränkte Handlungsfähigkeit auch im Ausland.

Für militärische Interventionen im Ausland brauchen sie allerdings mehr und bessere Waffen und nicht in erster Linie viele Soldaten. Schließlich will man ja nicht gleich mit 200.000 Mann irgendwo einmarschieren. Die personelle Verringerung der Bundeswehr geschieht mit dem Ziel schlagkräftige und politisch zuverlässige Eingreiftruppen bilden zu können. Mit Abrüstung oder »Schwertem zu Plugscharen« hat das nichts zu tun.

Politische Durchsetzung

Die eigentliche Aufgabe besteht in der politischen Durchsetzung dieser Ziele. Nach den schrecklichen Erfahrungen mit dem deutschen Militarismus im II. Weltkrieg stößt die Absicht, die Bundeswehr zu Kampfeinsätzen in alle Welt zu schicken, auf breite Ablehnung in der Bevölkerung. Also durfte bzw. darf man nicht gleich mit der Tür

SOLL

ins Haus fallen. Die Debatte begann mit der Frage der Beteiligung an UN-Blaueinsätzen. Als Beispiel und erste Testfälle galten Einsätze wie z.B. Beobachtung der Wahlen in Namibia oder Sanitär der Bundeswehr nach Kambodscha. Schrittweise kam man der Sache näher. Erst sprach man von friedenserhaltenden Maßnahmen, dann, etwas deutlicher, von friedenserzwingenden Maßnahmen, endlich von Kampfeinsätzen. Erst nur unter dem Kommando der UNO, dann auch unter dem Dach der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) oder der WEU (Westeuropäische Union).

Freiwilliger?

Die Teilnahme an solchen Aktionen soll freiwillig sein. Zitat aus Wehntechnik 1/93: »Bei Einsätzen im Rahmen der UNO gilt für Wehrpflichtige zunächst das Freiwilligenprinzip. Die dafür vorgesehenen Truppenteile werden aus den Krisenreaktionskräften genommen. Wehrpflichtige können selbst entscheiden, ob sie in diesen Verbänden dienen wollen, aber sie können danach nicht mehr über die Teilnahme am Einsatz entscheiden.« Das »Freiwilligenprinzip« ist hier eher das Prinzip »Mitgehungen — Mitgehungen«. Außerdem kann man Gesetze wenn nötig ändern. Bei Einführung der Bundeswehr 1955 handelte es sich zunächst auch nur um Freiwillige, aber bereits ein Jahr später wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Rolle der SPD-Führung

Auf eine Grundgesetzänderung für Bundeswehrweinsätze könnte die Bundesregierung im Prinzip verzichten. Sie hält sich auch heute nicht an das Grundgesetz. Einsätze der Bundeswehr, wie in Kambodscha oder vor der jugoslawischen Krise, sind nach dem Grundgesetz nicht erlaubt. Was sie brauchen, sind nicht so sehr die Stimmen der SPD im Bundestag für eine Grundgesetzänderung, sondern Zustimmung oder zumindest Duldung durch die Bevölkerung. Und dazu

Neue Waffen

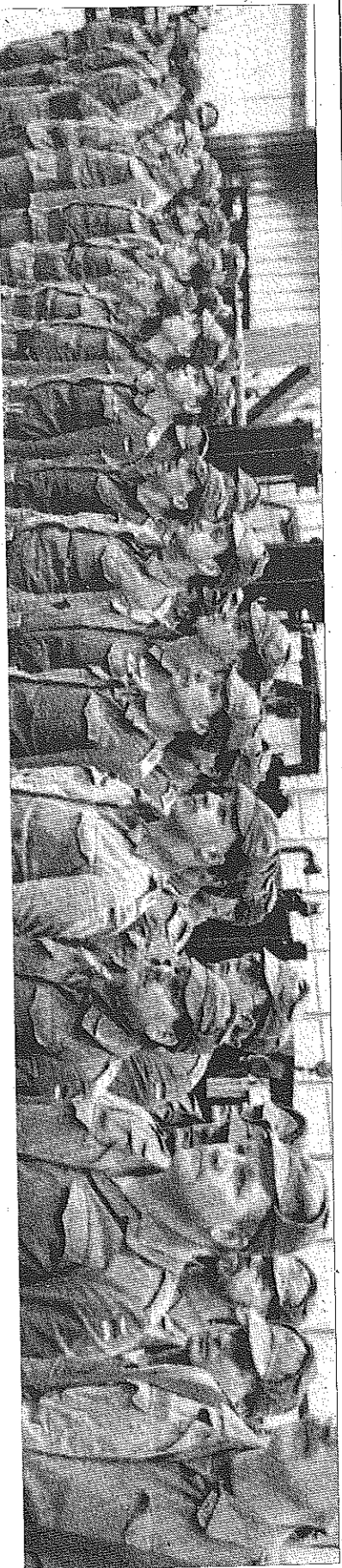
Im Bundeswehrplan für die nächsten Jahre fallen unter den Begriff Materialversorgung eine ganze Liste neuer Waffen für die »Krisenreaktionskräfte«: gepanzertes Transportfahrzeug GTR, leichter Spähwagen Zobel, diverse Spezialausrüstungen, z.B. Fernmeldegerät, Unterstützungshubschrauber Uhu, kampfwertestiegender Leopard 2, Panzerhaubitze, U-Boot 212, Freigänger Jäger 90, Transport- und Tankflugzeuge etc. »Das Lazaretttschiff ist noch nicht entschieden«, soll aber im Bundeswehrplan 1995 eingestellt werden, möglichst mit Finanzierung aus ande-

Heuchelei

Die UNO als Friedensstifter und barmherziger Samariter — dieses Bild will man uns fast täglich vermitteln. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Von den Mitgliedsländern der UNO werden jährlich eine Billion (1 000 000 000 000) Dollar für die Rüstung ausgegeben. Nach Angaben des von dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten gegründeten »Center-Zentrums« würde ein Viertel dieses Betrages ausreichen, um die Gesundheits-, Sozial- und Umweltprobleme der Welt zu lösen.

1988 gab die Bundesregierung 51,4 Milliarden DM für »Verteidigung« aus. Nach der Auflösung des Warschauer Pakts, nach dem Abzug von einer halben Million ehemals sowjetischer Soldaten aus Ostdeutsch-

land und einigen Ländern Osteuropas, nach der Auflösung der Nationalen Volksarmee der DDR, gab die Bundesregierung 1992 52,1 Milliarden DM für »Verteidigung« aus. Auf der Liste der größten Waffenexporteure rückte Deutschland von Platz sechs (1990) auf Platz 4 (1991). Dabei steigerte sie ihre Rüstungsexporte gegenüber 1990 um 64,4 %, hauptsächlich aufgrund des Verkaufs von Kriegsschiffen und Material aus Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR. Ein Teil dieser Waffen wurde bekanntlich gegen wehrlose kurdische Frauen und Kinder von der türkischen Regierung eingesetzt. So sieht der Beitrag der Bundesregierung im »Kampf gegen Armut und für Menschenrechte« aus.



Die Welt genesen?

braucht es allerdings wiederum der Zustimmung der SPD-Führung. Denn sie muß helfen, die allseits vorhandene Bedenken und das Mißtrauen gegenüber Bundeswehrensätzen abzubauen.

»Weil der SPD der prinzipielle Schritt von Null zur Bereitschaft, an friedensherstellenden Kampfeinsätzen teilzunehmen, zu groß ist. In Übereinstimmung mit Björn Engholm meine ich, das wäre eine so grundsätzliche Veränderung, daß man dies nicht machen könnte, ohne in der Bevölkerung darüber diskutiert oder um Zustimmung geworben zu haben. Deshalb haben wir gesagt: Alles, was mit der SPD zu machen ist, ist „Blauhelme plus.“ SPD-Fraktionsvorsitzender Klose in einem Interview auf die Frage, warum es noch zu keinem Konsens in der Frage Bundeswehrensätze mit der Regierung gekommen sei. (S Z, 5.2.93) Die SPD hat Schritt für Schritt ihre

ursprünglich eindeutig ablehnende Haltung gegenüber Bundeswehrensätzen aufgegeben.

1988: Der Parteitag in Münster beschließt: Grundsätzlich keine Beteiligung von Bundeswehrsoldaten an Blauhelm-Aktionen.

Der Parteitag in Bremen 1991 beschließt: Teilnahme an humanitären Einsätzen und Blauhelmaktionen.

November 1992: Der Sonderparteitag in Bonn bestätigt: Teilnahme von Bundeswehrsoldaten nur an Blauhelmeinsätzen der UNO, allerdings mit erweitertem Einsatzmöglichkeiten.

Inzwischen fordern führende SPD-Funktionäre, Kampfeinsätze der Bundeswehr zu ermöglichen. Dieses Verhalten läßt nur den Schluß zu, daß man sich mit der Regierung im Ziel einigt und es nur noch über den Weg dorthin Meinungsunterschiede gibt.

Die deutsche Bourgeoisie will ihre Führungsposition in Europa ausbauen,

er, möglichst weitgehenden Einfluß in Osteuropa ausüben und allgemein ihre Stellung als Großmacht in der Welt stärken. Nach Lage der Dinge sind die Führungsmächte der beiden anderen Wirtschaftsblicke, die USA und Japan die entscheidenden Rivalen.

Wirtschaftspolitische Interessen lassen sich in letzter Konsequenz nur durch militärische Stärke durchsetzen. Allein kann Deutschland seine Großmachttrends nicht durchsetzen. Das geht nur im Bündnis mit anderen europäischen Ländern. Ziel ist ein handlungsfähiges europäisches Militärbündnis unter deutscher Führung. In der Wirtschaft und in der Militärpolitik entwickelt sich eine enge Allianz zwischen Deutschland, Frankreich, den Beneluxländern und, teilweise, Italien. Naheliegend sind auch Allianzen mit Ländern des ehemaligen Ostblocks, unter anderem mit Rußland. Bündnisse und militärische Zusammenarbeit

mit Ländern außerhalb Europas dürften folgen.

Deutschland entwickelt und baut zusammen mit Frankreich, Belgien, Holland, Italien und zum Teil Großbritannien, Waffensysteme. Mit Frankreich wurde eine deutsch-französische Brigade aufgestellt. Mit Polen wurde unlängst ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit geschlossen.

In der vor uns liegenden Epoche werden die Krisenhaftigkeit der Weltwirtschaft und die Konkurrenz zwischen den herrschenden Industriestaaten wachsen. Die vor drei Jahren angekündigte »Ara des Friedens« bleibt eine Illusion. Die weltweiten Ausgaben für Rüstung werden nicht sinken, sondern steigen.

Solange die Erde von den imperialistischen Staaten ausgeplündert wird, solange wird es Krisen und Kriege geben. Selbst ein dritter Weltkrieg ist letzten Endes nicht ausgeschlossen.

Kapitalismus bedeutet Krieg

Der einzige Ausweg liegt im Kampf für eine sozialistische Demokratie weltweit.

Statt einer Welt, in der der Konkurrenzkampf um Profite und Absatzmärkte, immer wieder zu neuer Aufrüstung und neuen Kriegen führt, brauchen wir eine Welt, in der Wissenschaft, Technik und der natürliche Reichtum der Erde in Frieden und zum Wohle aller Menschen genutzt werden können.

Angesichts der neuen Entwicklungen in der Welt, angesichts der Pläne des deutschen Militarismus, ist unsere Verantwortung gewachsen, aktiv zu werden, gegen Kapitalismus, Militarismus und Krieg.

Georg Kümmel, Aachen

Die Traditionslinie des deutschen Militarismus

Der deutsche Militarismus, der jetzt nach neuen Zielen strebt, hat eine lange Tradition. In den letzten 80 Jahren zettelte Deutschland zwei Weltkriege an.

In beiden Kriegen ging es um die Neuaufrichtung der Welt unter den imperialistischen Großmächten. Die Kriegsziele wurden nicht von Kaisern oder großwahnsinnigen Diktatoren festgelegt. Die Kriegsziele wurden auch nicht von den Strategen des Militärs sondern von den Strategen des Kapitals bestimmt.

Massenmorden für Thyssen und Co.

Im Ersten Weltkrieg las sich das auf deutscher Seite zum Beispiel so: (Das folgende Zitat stammt aus der Kriegszieldenkschrift August Thyssens vom 28. August 1914. Zitiert nach: Das Le-sebuch vom Krieg, S. 57)

„...der Meinung bin, daß gerade der Kaukasus mit Rücksicht auf seine bedeutenden Erzschatzen für Deutschland unentbehrlich ist.« Und weiter: »Der Besitzer dieser Erze wird mehr oder weniger die Stahlproduktion Amerikas, welches schon heute einen großen Teil seines Ferrromangans von Deutschland bzw. von England bezieht, von sich abhängig machen, das heißt im Preise beeinflussen können. Mit der Einverleibung des Departements Meurthe und Moselle würde Deutschland in den Besitz der mächtigen französischen Minette-(Eisenerz-)Vorkommen gelangen deren Bestand man auf mindestens drei Milliarden Tonnen schätzt.«

Man setzan die Stellen, wo im Text »Deutschland« steht, »Thyssen« und die Aussage wird noch etwas klarer. Der Kohle- und Stahlbaron Thyssen hatte seine besonderen Kriegsziele, die anderen Industriemagnaten hatten die ihren, aber allen ging es um Rohstoffquellen und Absatzmärkte.

Und die Großindustriellen wollten

stung für den Krieg, (was glänzend gelang), und an den Eroberungen durch den Krieg. Zum Beispiel wurden aus dem von Thyssen verkauften Stahl Kriegsschiffe und Kanonen gebaut, mit denen dann wiederum neue Kohle und Eisenerzvorkommen den Kriegsgegner geraubt werden sollten. Sage niemand, das sei Geschichte. Es sind zum Teil selbst dem Namen nach die selben Konzerne, die an der Rüstung für den ersten Weltkrieg profitierten, durch Hitlers Rüstungsprogramm und durch den 2. Weltkrieg noch reicher

heißt es in der geheimen Denkschrift des Reichswehrministeriums »Die Abrüstungsfrage nach realpolitischen Gesichtspunkten betrachtet.« Die obenstehenden Ausführungen über die politischen Ziele Deutschlands und die sich daraus ergebenden Abrüstungsforderungen für Deutschland in den nächsten Stadien seiner politischen Entwicklung nur um die Wiedererwinnung seiner europäischen Stellung und viel später erst um das Wiedererkämpfen seiner Weltstellung handeln



Traditionsverband

wurden und die heute immer noch das Rüstungsgeschäft kontrollieren. Einziger Unterschied: sie sind heute wirtschaftlich und politisch noch mächtiger als damals.

Deutschland verlor beinahe den Ersten Weltkrieg und das deutsche Kapital zog daraus seine Konsequenzen: Die Kriegsziele waren richtig, um sie zu erreichen hätte Deutschland nur stärker sein müssen. Im März 1926, sieben Jahre bevor Hitler vom deutschen

kriegerschem Wege in Betracht kommen. Deutschlands nächstes Ziel muß sich daher darauf beschränken, vorerst das schreiende Mißverhältnis seiner Landrüstungen auszugleichen.«

Fortsetzung des Konkurrenzkampfes mit anderen Mitteln

Der Zweite Weltkrieg war wie der Erste das unvermeidliche Produkt des unvermeidlichen Konkurrenzkampfes in der Marktwirtschaft. Der Konkurrenzkampf zwischen den Staaten ist die Fortsetzung des Konkurrenzkampfes zwischen den privaten Unternehmen.

Konkurrenz gibt es immer zwischen den kapitalistischen Staaten. Der Konkurrenzkampf wird dann zu einem Vernichtungskampf, wenn der zu verteilende Kuchen nicht mehr größer sondern kleiner wird. Die Stärkeren vernichten die Schwächeren. Dieser Prozeß auf nationaler Ebene findet seine Wiederholung auf internationaler Ebene. Kleinere und größere Handelskriege sind Begleiterscheinungen jeder Weltwirtschaftskrise. Zweimal in diesem Jahrhundert gipfelte dieser Prozeß in einem Weltkrieg.

Dem Zweiten Weltkrieg ging ein Verfall der Wirtschaft, insbesondere des Weltmarktes voraus. Trotz wachsender Weltbevölkerung fiel der Weltmarkt vor dem Zweiten Weltkrieg um fast ein Viertel.

Krieg und Frieden

Der Wechsel zwischen Frieden und Krieg ist auch ein Wechsel im Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Staaten. Im 19. Jahrhundert war Großbritannien, die älteste Industriemacht, die Weltmacht Nummer Eins. Die britische Flotte spielte die Rolle des Polizisten der Meere. Die deutsche Industrie, anfangs hinter der

britischen zurückgeblieben, entwickelte sich zusehends, ihr Appetit nach Rohstoffen und Absatzmärkten wurde schnell größer. Die Rivalität zwischen der alten Weltmacht Großbritannien und dem aufstrebenden Deutschland war der wichtigste ökonomische Widerspruch, der zum I Weltkrieg führte. Der deutsche Imperialismus mußte eine Niederlage einstecken. Der anschließende Friede konnte nur vorübergehend sein. Die Rivalität zwischen den allen, wohlhabenden Kolonialreichen Großbritannien auf der einen Seite und den zu spät gekommenen imperialistischen Mächten Deutschland und Italien auf der anderen Seite entwickelte aufs Neue ihre Sprengkraft.

Der deutsche Imperialismus unternahm einen neuen Versuch, sich einen größeren Anteil bei der Ausplünderung der Welt zu sichern. Die Geschichtsbücher sind voll von dem Märchen, Hitlers Großgewalt habe sei die Ursache des Zweiten Weltkrieges gewesen. Sein Großgewalt deckte sich nur mit den Großmachtinteressen des deutschen Kapitals.

Auch Japans Wirtschaft waren die nationalen Grenzen zu eng geworden. Nach kleineren Kolonialkriegen begann es 1937 den Krieg gegen China und trat 1941 in den Zweiten Weltkrieg ein.

Die allgemeine Ursache für den Zweiten Weltkrieg waren nicht »typisch deutsche Eigenarten« wie oft behauptet wird. Das Gemetzel des Zweiten Weltkrieges war das Ergebnis der unüberwindlichen Widersprüche, in die der Kapitalismus die Welt verstrickt hatte. Der Krieg führte zu einem vollenkommen neuen Kräfteverhältnis. Die Welt teilte sich in zwei große feindliche Blöcke. Im westlichen Lager erhoben sich die USA zur unumstrittenen Führungsmacht. Wirtschaftlich, militärisch und politisch. Diese Kräftekonstellation beherrschte eine ganze Epoche. Das Ende dieser Epoche ist der Hintergrund für das neue Weltmachtstreben Deutschlands.

Zur Diskussion über den Balkankrieg

Die Guten, die Bösen und die Ahnungslosen

Wieder wird in Deutschland über Bosnien-Herzegowina diskutiert. Auf der anti-serbischen Seite hat sich eine bunte Koalition zusammengefunden: aus Bosnien stammende Menschen, für die ein Eingreifen des Westens der rettende Strohhalm sein soll, GRÜ-NE und andere Hablinke, die die »Wehrhaftigkeit der Demokratie« neu entdecken und CDU-Politiker, die die Empörung über den Krieg zur Umwandlung der Bundeswehr in eine richtige Armee nutzen wollen.

Hitzig wogt die Diskussion hin und her. Es geht um die Technik, wie dem Serbien Kleinkriegern sei: Wirtschaftsambar, Propagandasender stören, Luftangriffe ja oder nein, volle Intervention mit Bodentruppen, Waffenlieferungen an die Bosnier. Alle empörten Menschen werden zu Militärexporten und beurteilen, welche Rolle Luftangriffe im Balkankrieg spielen können.

Auf der anderen Seite stehen die Pazifisten, die meinen, ein militärisches Eingreifen des Westens würde alles nur schlimmer machen. Sie wollen den Krieg stoppen, wie, wissen sie nicht, nur ohne Waffengewalt muß es sein. Angesichts der Massaker eine Position, die die bosnischen Menschen in den eingeschlossenen Dörfern und Städten schwerlich unterstützen können.

Richtig ist aber, daß deutsche Kriegesegner gegen die Behauptung von der serbischen Alleinschuld argumentieren und auf das auf Eroberungen ausgerichtete Vorgehen Kroatiens hinweisen.

Fern der Wirklichkeit

Die deutsche Diskussion über Bosnien-Herzegowina findet in einem Wolkentrückdickicht statt. Es ist einseitig eine Diskussion über ethische Werte: »Darf getötet werden, um Schlimmeres zu verhindern?«, andererseits über die technische Umsetzung einer Politik gegen den »serbischen Aggressor«.

Über Macht- und Profitinteressen der Kriegsführer und der kapitalistischen Großmächte und damit über die Wirklichkeit wird nicht diskutiert. Während hier geredet wird, werden in Ex-Jugoslawien, Genf und Washington Fakten geschaffen. Der »Friedensrücktritt« nähert. Endlich einsichtig? Endlich ist das Größte getan! Die serbi-



Frauenbrigade in Sarajevo. U.a. zum Schutz vor Anschlügen und übergripen von serbischen Techniks auf Frauen

Clinton. Was aber Tudjman nicht daran hindert, eine Offensive in der Krajina an der Adriaküste zu starten, um vor den kroatischen Wahlen gut dazustehen und mehr Trümpe für die Verhandlungen zu haben.

Auch die serbischen Kriegsherren scheinen sich durch neue Offensiven gegen die belagerten Städte eine bessere Position zu verschaffen. Dazu kommt die Raubrittermentalität der auf eigene Faust mordenden und plündernden serbischen Cerniks und kroatischen Ustascha-Erben und der möglichen Widerstand der Moslems gegen eine Einigung auf ihre Kosten.

Der »Frieden« ist also noch lange nicht gesichert. Ein stärkeres Eingreifen des Westens, auch mit Kampfruppen, kann daher nicht ausgeschlossen werden. Die Westmächte haben Angst vor den drohenden Gefahren der Ausweitung des Krieges auf den ganzen Balkan und fürchten andererseits, in ein langgezogenes Blutbad hineingezogen zu werden, das Tausende von Soldaten der Interventionsstruppen das Leben kosten könnte.

Für die einfachen Menschen in Bosnien-Herzegowina, egal welcher Nationalität, würde die in Genf und Washington verhandelte Aufteilung des Landes kein Ende des Leidens bedeuten.

Bis zum »Frieden« dauert es noch

Einige Klippen sind umschiffbar. Eine Einigung und Beruhigung liegt jetzt im Interesse von Karadzic (Serben-Führer in Bosnien), Tudjman (Kroatischer Präsident), Milosevic (serbischer Präsident), Mitterrand, Kohl, Major und

Volksbegehren »Österreich zuerst« gescheitert

FPÖ marschiert weiter

Vom 24. 1. zum 1.2. 1993 fand in Österreich das Volksbegehren »Österreich zuerst« statt. Die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) hatte dieses rassistische Volksbegehren gegen Zuwanderung von Ausländern, Asyl- und Ausländerrechte initiiert. Obwohl nur 417.278 (7,37 Prozent) unterschrieben haben und somit die Erwartungen von FPÖ-Chef Jörg Haider weit unterschritten wurden, ist das Ergebnis keine Niederlage für die ausländerfeindlichen Ideen der FPÖ.

Daß das Volksbegehren mit Namen zu unterschreiben war, hielt viele davon ab. Bei der gleichzeitig in Graz stattfindenden Wahl gewann die FPÖ jedoch Stimmen dazu. Österreichweit liegt sie bei etwa 17 Prozent und gewinnt seit Jahren bei so gut wie jeder Wahl.

Unter dem 1986 gewählten Jörg Haider geht die FPÖ immer weiter nach rechts und ist nun eine reaktionär-nationalistische Fühlerpartei. Die politische Basis bilden Klein- und Mittelunternehmer, die Wähler kommen zu einem großen Teil aus der Arbeiter- und Bauernschaft. Viele kommen direkt von der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ). Der Grund liegt in der Politik der SPÖ. Als Regierungspartei ist sie aktiv beteiligt an Sozialabbau, Privatisierung und einer Umverteilung von unten nach oben. Haider greift Probleme wie Wohnungsmangel, Arbeitslosigkeit (die auf dem höchsten Stand seit den 50er Jahren ist) und fehl-

Das Antifa-Komitee Wien

(Mitglied von Jugend gegen Rassismus in Europa) organisierte unter dem Motto »Aubegehren gegen Haiders Volksbegehren« etwa 30 Veranstaltungen in Wien und Niederösterreich. Bei Info-Tischen wurden insgesamt 6.500 Unterschriften gesammelt und beim Innenministerium abgegeben. Die Resonanz war besser als erwartet, vor allem auch in den Arbeitervertreih-

gelenkt. Jene aber, die mit Wohnungen spekulieren und so die Mieten hochtreiben, sind in der FPÖ bestens vertreten und auch mit den arbeitfeindlichen Forderungen der Unternehmensvertreter kann sich Haider identifizieren. Haider ist ein Populist. Er schimpft über »die da oben« und sitzt selber in führenden Positionen. Er wettet gegen Privilegien und ist selber Besitzer eines ganzen Tales, für das er 2 DM Steuern pro Jahr zahlt.

Erst in den letzten Jahren haben die radikal-nationalistischen Kreise die Führung übernommen. Das zeigt sich in immer schärferen Attacken und im nationalistischen Kurs wie z. B. in der EG-Frage, wo die Position von einem ja zu einem verschwommenen nationalistischen Nein gewechselt ist. Es gibt aber auch in führenden Positionen Leute, die persönliche oder organisatorische Kontakte zu rechtsradikalen Organisationen haben. In FPÖ-nahen FPÖ-Publikationen entspricht die Geschichtsdarstellung eher der der »Revisionisten«, die die Ergebnisse der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg revidieren wollen, als der Wahrheit. Haider präsidiert die »ordentliche Beschäftigungspolitik des 3. Reiches« und der Bildungsreferent der FPÖ Mölzer, fürchtet sich vor der »Umwolung des Volkes deutscher

Großbritannien: Rassistische Gewalt nimmt zu

In Großbritannien gab es fast eine Verdoppelung der Anzahl rassistischer Übergriffe seit 1988 von 4.383 auf 7.780 im Jahr 1991. Nach Untersuchungen der Anti-Racist Alliance wird nur jeder zehnte Fall angezeigt, so daß die wirkliche Zahl eher bei 70.000 liegen würde. Allein in London wurden 1991 3.373 Angriffe gezählt. 1992 wurden 8 Menschen bei rassistischen Angriffen ermordet.

In den ersten zehn Jahren der konservativen Regierung unter Thatcher nahmen diese den Rechtsradikalen den Wind aus den Segeln, indem sie selbst eine harte rassistische Politik gegen Einwanderer durchsetzte. Aber in den letzten Jahren wurden die Faschisten wieder aktiver und bedrohen zum Beispiel Antifaschisten, indem sie ihre Privatadressen veröffentlichten und zu Überfällen aufrufen.

Kultur« in Österreich durch Einwanderung.

Bei rechten Jugendlichen aus der Skinhead- und Hoodigan-Szene gibt es wachsende Unterstützung. Neben den bekannten »Deutschland«- und »Österreich«-Aufhängen gibt es nun auch welche mit »FPÖ«. Zwar ist die FPÖ noch keine faschistische Partei, aber eine Gefahr für die Errungenschaften der Arbeiter.

Anfang Februar ist es zum Austritt der stellvertretenden Vorsitzenden der FPÖ Heide Schmidt und von vier anderen Parlamentariern gekommen. Kritisiert haben sie vor allem den Führungsstil in der Partei (wer Haiders Position nicht unterstützte, wurde beiseitigt) und die Haltung zur EG.

Von allen Parteien gibt es nun Vorschlagsloberungen für das neugegründete »Liberal Forum«. Klar ist aber, daß auch Schmidt stets eine Rechts-Libera-

schon ArbeiterInnen gegen Tudjman und für die Aufrechterhaltung — so weit noch nicht zerschossen — multinationaler Zusammenhänge. Noch immer ist es in Einzelfällen möglich, bewährte Verteidigungseinheiten aus Moslems, Serben und Kroaten zu bilden, die ihre Stadtteile und Dörfer vor den nationalistischen Mördern schützen. Nur durch den Sturz der nationalistischen Führer und die demokratische Neuordnung des Balkans auf sozialistischer Basis kann ein dauerhafter Frieden geschaffen werden.

Die Chancen für eine Erhebung der Massen gegen ihre Kriegstreiber sind nicht groß. Die Greuel sind nicht wegzudiskutieren, viele Menschen sind in das Morden hineingezogen worden — sei es zur Selbstverteidigung oder für Racheaktionen.

All den »Realisten«, die meinen, jetzt müsse etwas geschehen und daher die Intervention des Westens fordern, die unsere Ideen für utopisch halten, die aber nicht verstehen, was per TV jeden Tag in ihre Wohnzimmer flimmert, halten wir unsere Lösung von der ArbeiterInneneinheit als einzig realistische Alternative zum grauenhaften Frieden der Neuen Weltordnung entgegen.

Claus Ludwig, Bremerhaven

le war. Trotzdem waren diese »Liberalen« bis jetzt ein Bremsklotz für die radikale Politik Haiders. Durch das Wegfallen dieser Bremse wird der Kurs der FPÖ weiter radikalisiert und aggressiver.

Die Stärke der FPÖ besteht weiterhin in der Politik der SPÖ. Solange diese nicht gegen die anstehenden sozialen Probleme offensiv auftritt, wird sie keine Stimme von der FPÖ zurückgewinnen. Die FPÖ-Strategie »Teile und Herrsche« hat einen Zweck: Bewegungen sollen verhindert werden. Aber gerade in einer Situation von Wirtschaftskrise und Sozialabbau ist Solidarität und gemeinsamer Kampf gegen dieses System und die Populisten, die es unterstützen, notwendig.

Sonja Grusch, Wien
Unterstützerin der marxistischen Zeitung VORWÄRTS

Die Politik des neuen US-Präsidenten Bill Clinton

Das gleiche System in neuer Aufmachung

Der neue US-Präsident Bill Clinton versprach vor seiner Wahl einen radikalen Kurswechsel: Geld für Städtebau und Infrastruktur, Krankenversicherung für alle, Einsparungen beim Militär, ein Ende der Massenarbeitslosigkeit und keine Steuererhöhungen für die Arbeiter. Doch am Morgen nach Clintons Siegesteiler wurden nicht nur die Straßen gesäubert. Mit dem eisernen Besen wurde auch alle Hoffnungen auf die Einlösung seiner Versprechen weggefegt!

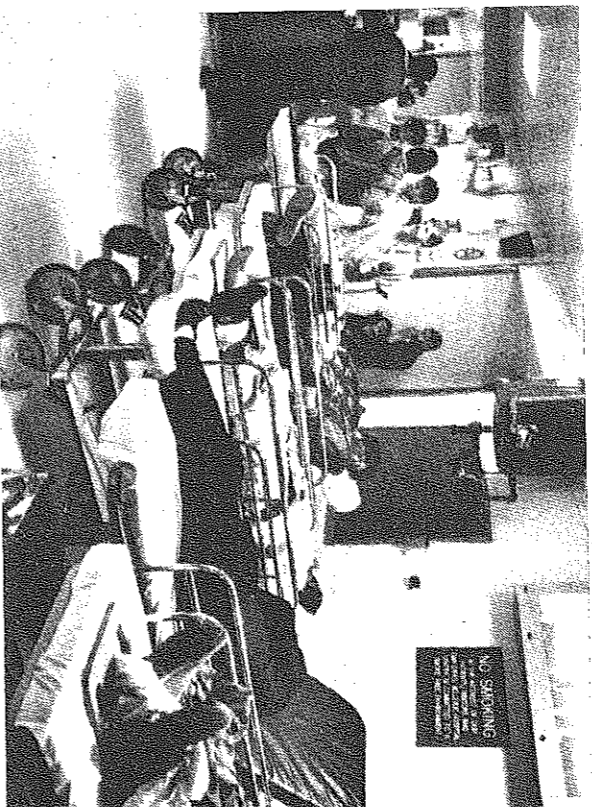
Denn wie alle anderen kapitalistischen Staaten sind auch die USA tatsächlich in eine neue Ära eingetreten. Die Jahre des Aufschwungs sind vorbei. Seit einhalb Jahren stecken die USA in einer tiefen Krise. International ist die amerikanische Industrie nicht mehr wettbewerbsfähig. In den letzten 20 Jahren sind durchschnittlich nur fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Modernisierung der Produktion investiert worden, so wenig wie in keinem anderen entwickelten Land.

Reagan konnte noch mit mehreren Billionen Dollar die Wirtschaft ankurbeln. Gerade die Schulden von damals verhalfen ihm zu seinen Erfolgen. Die Wirtschaft zu beleben oder die Verschwendung zu stoppen, das ist die Aufgabe der Clinton-Regierung. Einsparungen einseitig, Steuererhöhungen andererseits.

Für wen steht Clinton?

Clintons 180-Grad-Wende ist aber nicht nur aus der Not geboren. Schon in der Frage von Interventionen des US-Imperialismus in der »Dritten

Welt« war die Einigkeit zwischen ihm und Bush offensichtlich. Auch in allen anderen Fragen gibt es keine wesentlichen Unterschiede. Clinton und Bush, Republikaner und Demokraten sind alle nur Vertreter des Big Business in den USA. Nur über die Mittel wird gestritten: während Bush auf den uneingeschränkten Markt setzte, zieht Clinton staatliche Eingriffe in die Wirtschaft vor. Damit hat er in der Krise die Mehrheit der US-Unternehmer hinter sich geschickt und mit ihrer Hilfe die Wahl gewonnen. Wie ernsthaft er es



Alltag in New Yorker Krankenhäusern

Warum wurde Clinton gewählt?

Daß Clinton seinen Wahlkampf voll auf soziale Fragen abgestimmt hatte, war kein Zufall. Denn die meisten amerikanischen Arbeiter und Jugendlichen hatten die Politik der Ära Reagan/Bush satt. Zwar gab es in den 80er Jahren einen langen Aufschwung. Doch wer hat davon profitiert? Die Umverteilung ist noch schärfer geworden. Seit 1973 sind die Reallöhne um

16 Prozent gesunken. Die reichsten 1 Prozent der Bevölkerung haben das gleiche Einkommen wie die unteren 90 Prozent. Reagan und Bush haben Milliarden in die Rüstung gesteckt und zugleich die notwendigen sozialen Ausgaben weiter zurückgestutzt. Unbegrenzt sind eigentlich nur noch die Möglichkeiten, arm zu sein. 37,5 Millionen Amerikaner haben keine Krankenversicherung. 14,3 Millionen Kinder leben unter der Armutsgrenze. In der Kindersterblichkeit liegt die USA weltweit auf Platz 22. Ein knappes Fünftel aller Schulabgänger kann nicht lesen, schreiben und rechnen. 92 Prozent aller schwarzen Jugendlichen in den Städten sind arbeitslos. Für viele bleibt nur die Flucht in die Kriminalität, um zu überleben.

Kann ein Unternehmen in der USA hat keine Entlassungen vorgenommen. General Motors hat die Hälfte seiner Werke geschlossen. Insgesamt haben in den letzten Jahren 5,6 Millionen Arbeiter ihren Job verloren. Wer eine neue Arbeit gefunden hat, verdient weniger als vorher oder arbeitet auf Zeit und ohne soziale Absicherung.

Besonders Jugendliche haben das System satt. Auch viele gewerkschaftlich organisierte Arbeiter erhoffen einen Kurswechsel. Denn die Gewerkschaftsführung hat in der Vergangenheit oft Fortsetzung, Ausweitung und Radikalisierung von Arbeitskämpfen mit dem Argument abgewiegelt: unter einer Regierung der Demokraten werde alles anders.

Leere Versprechen

Schon wenige Wochen nach der Wahl sind diese Hoffnungen enttäuscht worden. Zu den Vorschlägen Clintons zählen: Verlängerung der Lebensarbeitszeit von 65 auf 67 Jahre, Steuererleichterungen für Firmen, Steuererhöhungen für die Bevölkerung. Daß er dabei die Steuern der Ker-

nen ein wenig anheben will, dient nur der Ablenkung. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer und Mineralölsteuer will er die Kosten der Rezession auf die breite Masse abwälzen. Obwohl in den USA sowieso nicht von einem sozialen Netz die Rede sein kann, spricht Clinton wie Kohl von einem »Wildwuchs bei den Sozialleistungen«.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß die USA jetzt am Ende der Krise angelangt sind: die massiven Angriffe der Regierung Clinton zeigen wenige Tage nach seiner Amtseinführung, daß auch ein schwacher Aufschwung — die Prognose für 1993 geht von drei Prozent aus — keine Probleme löst.

Wer in der Krise seinen Job verloren hat wird auch in der Zukunft keinen finden, weil das »Wachstum« aus den noch Arbeitenden herausgedrückt wird.

Die Regierung Clinton nimmt die letzten Illusionen

Genauso schnell wie Clinton mit seinen Versprechungen gebrochen hat, so schnell wird die Wut auch in Gegenwart umschlagen. Die Arbeitskämpfe haben in den letzten beiden Jahren bereits stark zugenommen. In der Zukunft aber werden sich die Arbeiter nicht von der Gewerkschaftsführung nicht von der Hoffnung auf einen Regierungswechsel hinhalten lassen. Die Auseinandersetzungen werden schärfer werden und zu Opposition gegen die bisherige Führung und für ein kämpferisches Programm innerhalb der Gewerkschaften führen. Auf politischer Ebene eröffnet sich die Möglichkeit, daß die Forderung nach dem Aufbau einer unabhängigen Arbeiterpartei als Alternative zu den beiden Parteien des Kapitals unter den Arbeitern und in den Gewerkschaften an Unterstützung gewinnt.

Holger Frauenrath, Aachen

Griechenland

Schülerproteste

Seit Anfang Dezember geht eine Welle von Schulbesetzungen durch Griechenland, die sich nach einem Polizeiangriff auf eine Schülerdemo in Athen am 11. Januar massiv ausweitete und inzwischen 1.000 Schulen erfaßt hat. Die Schüler protestieren gegen die Pläne der konservativen Regierung, daß Bildungswesen zu privatisieren. Schüler an technischen Fachschulen sollten gezwungen werden, ein viertes Jahr zum Abschluß zu machen, für das sie 130 bis 150 DM bezahlen müßten.

Irak

2000 Tote pro Woche

Nach Angaben des ehemaligen US-Justizministers Clark verursachen die UN-Sanktionen gegen den Irak pro Woche den Tod von 2.000 Irakern. Das Embargo führt zu Mangel an Medikamenten, Nahrungsmitteln, sauberem Wasser und Landwirtschaftsgeräten. Nach UNICEF-Schätzungen würden bis zu 100.000 irakische Kinder unter fünf Jahren in diesem Jahr sterben, wenn die Sanktionen nicht aufgehoben werden. Wer glaubt, daß nicht das es dem Westen in Somalia um humanitäre Hilfe und nicht um

Reisebericht aus Rußland

Silvester in St. Petersburg

Neben dem Eingang zu einem Kaufhaus steht eine Frau, etwa Mitte 30, fast elegant gekleidet, und hält ein leeres Einkaufsnetz hoch — um es den Vorübergehenden zum Kauf anzubieten. Sie schämt sich sichtlich; Stolz kann sie sich aber nicht mehr leisten.

Ein kurzer Gang durch das Kaufhaus macht begrifflich, warum. In Rußland lagen die Durchschnittseinkommen zu Jahresbeginn etwa auf deutschem Niveau — allerdings in Rubel. So war es möglich, sich rasch einen Eindruck vom Lebensstandard der Russen zu verschaffen, indem man die Preise einfach 1:1 in DM übersetzte. Das Ergebnis ist auf den ersten Blick kaum zu glauben: Ein Glas Konfitüre kostete 150 DM; eine Flasche Wodka 1.350 DM; eine warme Winterjacke gar 6.000 DM. Für einen Liter Benzin waren an der Tankstelle 35 DM zu bezahlen. (Die Preise sind den Löhnen in den wenigen Wochen seit Jahreswende bereits ein weiteres Stück davongeeilt.)

In den vergangenen Jahren waren es vor allem die leeren Regale in den staatlichen Geschäften gewesen, die Wut und Verbitterung auslösten — als offensichtlich Beweis für das Versagen der Kommandowirtschaft desSjalinismus. Damals war es aber noch fast jedem Russen möglich gewesen, sich am Arbeitsplatz in betriebseigenen Geschäften mit praktisch allen lebensnotwendigen Dingen zu versorgen. In staatliche Geschäfte oder auf Märkte ging man hauptsächlich, um sich zum Grundbedarf etwas dazuzukaufen. Das volle Ausmaß und die ganze Tragweite der rasend schnell voranschreitenden Verelendung wird vielen aus

worden waren, müssen nun gegen Devisen aus dem Ausland eingeführt werden. Die entlassenen Textilarbeiter werden sie kaum kaufen können. Es sei denn, sie finden eine Möglichkeit, selbst in den Besitz von Devisen zu gelangen. So sind praktisch überall in Leningrad Stände aufgebaut, auf denen die unterschiedlichsten Waren von oft zweifelhafter Herkunft für Dollar oder DM angeboten werden. Viel lukrativer noch als der Straßenhandel

ist die Prostitution: In den Devisennots verdienen russische Mädchen zwischen 15 und 20 Jahren in einer einzigen Nacht so viel Geld wie ihre Eltern in einem ganzen Jahr.

Wer — wie auch immer — zu Geld gekommen ist, läßt oft demonstrativ eine Wäffe hervorragen, um zu zeigen, ein Entwicklungsstandes.



Arme auf einer Moskauer Müllkippe

Meinungsumfrage belegt:

Der Sozialismus ist nicht tot

Eine Umfrage des MDR-Fernsehens erbrachte das Ergebnis, dass 45 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung der Meinung sind, dass der Sozialismus als Idee nicht schlecht ist, aber in der DDR schlecht verwirklicht worden ist.

Eine bemerkenswerte Zahl, wenn man bedenkt, daß die ehemalige DDR-Bevölkerung neben Mangelwirtschaft und politischer Enghirzigung auch noch die aufgeblasene und verlogene »sozialistische« Propaganda der SED zu ertragen hatte. Auch die Bürgerlichen haben alles getan, die Ossis von solch »dummen« Gedanken zu »befreien«. Ach, in wie vielen Reden und Artikeln wurde doch der Sozialismus für tot erklärt und der Sieg der Marktwirtschaft gefeiert!

Es ist ein Fehler anzunehmen, daß dieses Umfrageergebnis nur trotz der Erfahrungen, die die Menschen in der DDR gemacht haben, zustande kam. Die DDR war zu keinem Zeitpunkt sozialistisch. Aber durch die Enteignung der Kapitalisten und die staatliche Planwirtschaft waren gewisse soziale Errungenschaften möglich, wie zum Beispiel Vollbeschäftigung und billige Mieten.

VORAN hat diese Errungenschaften gegen die Einführung der Marktwirtschaft verteidigt. In der Revolution von 1989 traten wir für die Erhaltung der staatlichen Wirtschaft ein und dafür,

ih **da oben**

Kanonenfutter

Streit zwischen dem Verteidigungs- und der Familienministerin: Verteidigungsminister Rühl empfahl die Streichung des Kindergeldes für Bezahler höherer Einkommen zugunsten der Rüstungsausgaben. Familienministerin Rönisch lehnte das ab und entgegnete: »Ich werde Herrn Rühl sagen, daß es wichtig ist, Eltern in ihrem Kinderversuch zu unterstützen. Schließlich braucht der Verteidigungsminister auch genügend junge Soldaten, um eine wehrfähige Armee aufrechtzuerhalten zu können.« Zitiert nach Süddeutsche Zeitung, 16.2.93

Arme Politiker

Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, hält Spitzenpolitiker für unterbezahlt. In der Zeitung *Welt am Sonntag* bezeichnete Reuter es als »völlig unverträglich«, daß der deutsche Bundeskanzler einen Bruchteil des Geldes verdient, das ich verdienen «. Er kann beruhigt sein, nachdem in den letzten Wochen deutlich wurde, daß viele Politiker in Bezug auf die materiellen Annahmen



lichkeiten des Lebens eh schon zur Selbsthilfe greifen.

Pflichtverletzung

Der Stadtdirektor von Lemnestadt, Franz-Josef Kaufmann (SPD), hat an vier jugoslawische Flüchtlingstamblihen Sozialhilfe ausbezahlt, obwohl der zuständige Oberkreisdirektor es ausdrücklich verboten hatte. Er begründete seine Entscheidung damit, daß er die Menschen nicht habe verhungern lassen können. Der Oberkreisdirektor hat ihn daraufhin ein Bußgeld von 6.000 DM wegen »besonders schweren Dienstvergehens« auferlegt. (Frankfurter Rundschau, 7.1.93)

Abschiebung

Ein 36 Jahre alter Kunde aus Blomberg im Kreis Lippe, der seit seinem 7. Lebensjahr in Lippe wohnt, soll in die Türkei abgeschoben werden. Die Ausländerbehörde sieht in ihm eine »Gefährdung der Gesellschaft«. Der Grund: Er war 1984 beim Haschisch-Rauschen erwischt worden und mußte dafür eine Geldstrafe bezahlen. Damals wurde er erstmals zur Ausreise aufgefordert und war gezwungen, einen Antrag auf politisches Asyl zu stellen, um so der Abschiebung zu entgehen. (Kölner Stadtanzeiger, 19.2.93).

Deutscher Richter

Elf Tage lang ist in Hildesheim ein zwölfjähriger, also nicht strafmündi-

... **wir hier unten**

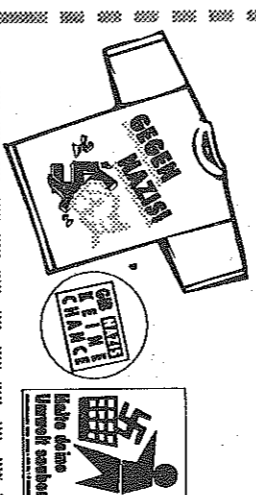
sehen gegenwärtig im Sozialismus nur eine schöne Idee aber kein politisches Ziel, was es zu erkämpfen gilt. Sozialistisches Bewußtsein entsteht nicht automatisch, sondern ist das Ergebnis der Erhaltung im Kampf gegen die Uebel des Kapitalismus. Die ArbeiterInnen können und werden die immer dreisteren Angriffe der Unternehmer nicht kampflös hinnehmen. Die besten Sozialisten gehen aus solchen Kämpfen hervor.

In vielen Städten haben VORAN-Käufer die letzte Ausgabe erfolgreich vor Berufsschulen verkauft. In Köln haben zwei Unterstutzer im Januar 40 Exemplare innerhalb einer halben Stunde abgesetzt.

Das geht nicht von heute auf morgen, aber bereits heute sympathisieren 45 Prozent der Ostdeutschen Bevölkerung mit sozialistischen Ideen! Das ist nicht wenig!

Die Rezession geht vor allem zu Lasten der Jugendlichen, die Aussichten für Übernahme nach der Ausbildung und eine berufliche Zukunft sehen in vielen Bereichen düster aus. VORAN greift diese Probleme auf und bietet ein Programm für den Kampf um eine berufliche Zukunft an (siehe Seite 5). Jetzt sollen VORAN-Unterstützer verstärkt versuchen, Auszubildende anzusprechen und sie für politische Aktivitäten zu gewinnen. Verkaufaktionen vor Berufsschulen sind dazu eine gute Gelegenheit.

T-Shirts, Buttons, Aufkleber



T-Shirts: 'Gegen Nazis' (2-farbig) und geringe Mengen 'Gib Nazis keine Chance' und 'Rosa Luxemburg' (1-farbig) je 20 DM. Buttons: 'Gib Nazis keine Chance' je 2 DM. Aufkleber: 'Gegen Nazis', 'Gib Nazis keine Chance' und 'Halte Deine Umwelt sauber' je 0,50 DM.

Bestellungen an Red. VORAN (Hansaring 4, 5000 Köln 1) nur gegen Vorkasse. Buttons ab 100 Stk 1 DM; T-Shirts und Aufkleber ab 10 Stk 30 % Rabatt

solange der Vorrat reicht!



Kampffonds Wer schnell wessen Gürtel enger?

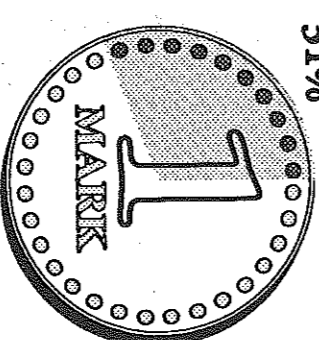
Ob Urlaubreisen, Flugzeuge, Konferenzbusse, Autos oder auch Motorräder, die deutschen Konzernchefs haben offenbar Mitleid mit den notleidenden Politikern dieser „unsere“ Republik. Gerade jetzt wo „wir alle“ den Gürtel enger schnallen sollen und die Regierung noch nie so unpopulär war, wollen die Unternehmer sich ihre Politiker bei Laune halten – auch eine Art Solidarpakt.

Außerdem bieten wir weiterhin Aufkleber Buttons und T-Shirts gegen Fascismus. Ebenfalls wieder erhältlich: Rosa-Luxemburg-T-Shirt! Anfang März kommt der Malcolm X Film raus! Die Gelegenheit, Poster von Malcolm X und Bobby Seal zu verkaufen! Fitz Garvie, Redaktion

Ziel:
25.000 DM

Bisher erreicht:
7.773 DM

31%



Spendenkonto:
VORAN, Postgriemant Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Ich möchte **VORAN** -
Unterstützer werden

Name _____
Anschrift _____
Telefon _____
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 45 04



Ich möchte
VORAN abonnieren, 10 Ausgaben zu 18,- DM
zusätzlich _____ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 30,- DM)
NEU: ein VORAN-„Schnupperabo“, 3 Ausgaben zu 5,- DM

Name, Anschrift, Telefon _____
Bitte Summe auf Spendenkonto überwiesen (s. Kampffonds). Keine automatische Abo-Verlängerung.

Immenhausen, eine Kleinstadt bei Kassel

Entschlossen gegen Neonazis

Immenhausen ist eine kleine idyllische Stadt im Herzen Hessens. Die größten Probleme der Stadtväter bestanden bisher darin, für die Beachtung des Bebauungsplans und die Einhaltung der Mindesthöhe für Hecken (1,5 Meter) zu sorgen.

Diese Idylle sollte nach ihrem Willen auch durch den mißglücklichen Brandanschlag auf das heruntergekommene, abgelegene Flüchtlingsheim Ende Januar nicht zerstört werden. So wurde dieses Ereignis nur mit einem kleinen, unscheinbaren Artikel in der Lokalpresse bedacht.

Wir von JRE hatten da andere Vorstellungen, schon aus unserem Wissen heraus, daß es in Immenhausen eine größere Gruppe von Neonazis gibt. Neonazis, die Schießübungen abhalten, eigene Gruppenabzeichen tragen und schon häufig linke Jugendliche bedroht und zusammengeschlagen haben.

Also entschlossen wir uns, eine Demonstration zu organisieren, um ein Zeichen gegen den Brandanschlag zu setzen, aber auch um den Neonazis in Immenhausen zu zeigen, daß wir entschlossen sind, uns ihnen in den Weg zu stellen. Innerhalb von drei Tagen schafften wir es, die Demo bekanntzumachen und 600 Leute zu mobilisieren.

In den Reden auf der Demo wiesen wir auf einen Übergriff in der Schule hin, wo ein Schwarzer von einem Neonazi angegriffen worden ist und machte auf die Verflechtung von Politik und Rassismus aufmerksam. Wir verteilten Flugblätter, in denen wir der Bevölkerung unser Wissen über die Neonazis mitteilten. Die Demo war ein voller Erfolg, auch nach Meinung der Demonstranten, von denen über die

CDU und SPD greifen JRE an

Erste Kritik zur Demo mußten wir dann zwei Tage später in der Lokalzeitung lesen. Die CDU zog sich in ihrem Artikel besonders an einem Satz in unserem Flugblatt hoch, der lautete: »Immenhausen ist eine Hochburg der Faschisten in Nordhessen.« Die CDU warf uns vor, wir würden eine ganze Stadt verunglimpfen. Dabei hatten wir von Anfang an ganz klar gesagt, daß diese Demo für die Immenhausener Bürger gedacht war.

Weiter wurde uns vorgeworfen, wir hätten »Halbparolen gegen politisch Andersdenkende« verbreitet. Aha, Neonazis sind also nur »politisch Andersdenkende«! Diese Stellungnahme des CDU-Ortsvereins war für uns nicht verwunderlich, von der CDU ist man solche Reaktionen ja gewohnt!

Wirklich befremdet und entsetzt hat uns dann aber zwei Tage später eine Stellungnahme in der Lokalzeitung, die der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Herbert Rössel verfaßt hatte. Dieser schrieb nämlich »JRE schadet der Sache und somit den Flüchtlingen«, JRE sei antidemokratisch und verantwortlich für die Demo seien die »angereisten« Demonstranten gewesen, die ihr »Hobby« profliant betrieben.

Eine Stellungnahme vieler Unverschämtheiten. Wir machen eine Demonstration, verteidigen die Flüchtlinge und die demokratischen Rechte gegen die Neonazis und was ist die Reaktion? Man versucht uns im Dorf zu isolieren und schützt so die Neonazis!

Bei einem Gespräch mit Herrn Rössel warf er uns dann vor, bewußt Unwahrheiten zu verbreiten, die Übergriffe von Neonazis auf die JRElerInnen seien frei erfunden. Als sich dann aber neun von uns zu Wort meldeten und berichteten, wie sie angegriffen, verfolgt und zusammengeschlagen wurden, mußte er zu einer wichtigen Sitzung.

Währenddessen hatte die CDU einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der vorsah, eine Resolution gegen JRE auf der Stadtverordnetenversammlung zu verabschieden. Daraufhin forderten wir Redeerecht auf der Stadtverordnetenversammlung, das wir nach langem Hin und Her auch bekamen. Wir stellten dort noch einmal alle Punkte klar, wir brachten Beweise für jede unserer Äußerungen, wir hielten keine Verteidigungsrede, sondern gingen in die Offensive.

Daraufhin baten sich die Stadtverordneten neue Bedenkzeit über ihre Resolution aus. Die Sitzung wurde für eine Viertelstunde unterbrochen. In dieser Viertelstunde mußte die Resolution eine starke Wandlung durchmachen. Sätze wie »Die JRE-Demonstration ist zu verurteilen« oder »JRE stößt Halbparolen aus« wurden gestrichen.

Malcolm X

mehr als ein Filmheld

Als der US-Film »Malcolm X« im letzten November in den USA anlief, standen schwarze Jugendliche stundenlang Schlange. Am Tag der Premiere schwänzten viele, vor allem schwarze SchülerInnen den Unterricht. Ganze Klassen rannten geschlossen ins Kino. Überall ist das X zu sehen: auf Hauswänden, T-Shirts, Baseballmützen oder Schulbänken. Das X ist in den Rap-Songs von »Public Enemy« und »KRS-One«.

Malcolm X hieß ursprünglich Malcolm Little. Das X steht für die unbekanntenen Namen seiner Vorfahren. Malcolm X war einer der bekanntesten schwarzen Revolutionäre. 1965 wurde er ermordet. In den 60er Jahren waren schwarze Nationalisten (Black Muslims), aber auch die Bundes Polizei (FBI) verwickelt. Seine Erfahrungen mit dem amerikanischen Rassismus brachten Malcolm zunächst zum schwarzen Nationalismus. Seine Erfahrungen im Kampf gegen den Rassismus brachten ihn zu revolutionären Schlussfolgerungen.

Es geht nicht nur um die Person Malcolm. Das war es politisch nach dem Zweiten Weltkrieg durchgemacht hat, haben hunderttausende von Schwarzen durchgemacht. Malcolm X war der wichtigste Vertreter des »dritten Weges«, nachdem Integration (Aussöhnungsversuche der Bürgerrechtsbewegung mit dem System) und Separation (Streben nach Schaffung eines eigenen schwarzen Staates) gescheitert waren.

Die neuen Ideen, für die Malcolm X nach seinem Bruch mit den Black Muslims stand, waren Revolution, Internationa-

lionalismus und bewaffneter Widerstand. »So etwas wie eine gewaltlose Revolution gibt es nicht... Die Revolution ist blutig, die Revolution ist feindlich, die Revolution kennt keinen Kompromiß, die Revolution stürzt alles und zerstört alles, was ihr in den Weg tritt« (Ende 1963).

Malcolm X gab den Schwarzen kein fertiges Programm, aber er zeigte ihnen einen Weg, selbst aktiv zu werden. Dannals wie heute begeistern seine Ideen, weil sie bedingungslos mit dem bestehenden System brechen. Gerade nach 9/11 oder Worringtonen beschäftigen sich ausländische Jugendliche in Deutschland mit ähnlichen Ideen.

Darum greift JRE das Thema auf. Eine Mitgliedsorganisation von JRE in Großbritannien »Panther«, ist eine sozialistische Organisation für Schwarze und Asiaten. Der Name knüpft an die 1966 gegründete größte revolutionäre schwarze Partei in den USA, die »Black Panther Party«, an, die den Kampf von Malcolm X fortsetzte.

Wie können sich ausländische Jugendliche heute vor den Übergriffen der neuen Nazis schützen? Was können sie gegen die tägliche Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Ausbildung oder in der Schule tun? Alle JRE-Gruppen sollen diese Fragen in Stadteile und Jugendhäuser mit ihrem Ausländeranteil her einbringen. Macht Aktionen auf der Straße, macht Veranstaltungen in Jugendzentren. Bringt mehrsprachiges Material raus. Geht zum Filmstart von »Malcolm X« gehen! In seinem Kino. Ladet die KinobesucherInnen zum nächsten JRE-Treffen ein. Oder noch besser: Beginnt die Diskussion im Kinosaal.

Der geschlossene stonung mit den Flüchtlingen in den Flüchtlingsheimen. Für die JRE steht außerdem fest, daß der Brandanschlag auf das Asylhof in der 10er der Neonazis, wenn gleich die er Kräfte von »Kriminellen«

Die JRE-Demonstration in Immenhausen ist ein wichtiger Schritt, um die Neonazis zu bekämpfen und die Rechte der Flüchtlinge zu verteidigen.

Das pausiert eine ganze Stadt, die sich im (stadlischen) Ju... den Rechte... verunglimpft wurde. Christen... Ich ist »Panther«

Die JRE-Demonstration in Immenhausen ist ein wichtiger Schritt, um die Neonazis zu bekämpfen und die Rechte der Flüchtlinge zu verteidigen.

Die JRE-Demonstration in Immenhausen ist ein wichtiger Schritt, um die Neonazis zu bekämpfen und die Rechte der Flüchtlinge zu verteidigen.

Die JRE-Demonstration in Immenhausen ist ein wichtiger Schritt, um die Neonazis zu bekämpfen und die Rechte der Flüchtlinge zu verteidigen.

Die JRE-Demonstration in Immenhausen ist ein wichtiger Schritt, um die Neonazis zu bekämpfen und die Rechte der Flüchtlinge zu verteidigen.

Die JRE-Demonstration in Immenhausen ist ein wichtiger Schritt, um die Neonazis zu bekämpfen und die Rechte der Flüchtlinge zu verteidigen.

Die JRE-Demonstration in Immenhausen ist ein wichtiger Schritt, um die Neonazis zu bekämpfen und die Rechte der Flüchtlinge zu verteidigen.

Die JRE-Demonstration in Immenhausen ist ein wichtiger Schritt, um die Neonazis zu bekämpfen und die Rechte der Flüchtlinge zu verteidigen.

Die JRE-Demonstration in Immenhausen ist ein wichtiger Schritt, um die Neonazis zu bekämpfen und die Rechte der Flüchtlinge zu verteidigen.

Frankfurt

Republikaner -

Infotisch verhindert

In Frankfurt versuchen die REPs, sich im Kommunalwahlkampf über Infotische verstärkt an die Öffentlichkeit zu wenden. Im Februar wollten sie jeden Samstag mitten in der Frankfurter Innenstadt stehen.

Dagegen wurde von JRE für eine Verhinderungaktion mobilisiert. Am Samstag morgen waren über 40 REPs-Jäger versammelt. Im Verlauf der Aktion kamen weitere 20 bis 30 AntifaschistInnen dazu. Unter Polizeischutz bauten die REPs ihren Infotisch auf, den wir dann aber gleich mit Paketen und Transparenten umstellten. Die Polizei schenken nur auf eine Gewaltandrohung von unserer Seite zu warten, um loszuschlagen zu können. Den Gefallen taten wir ihnen nicht. Trotz einiger Provokationen von Seiten der REPs

blieben auf unserer Seite alle besonnen. Über Megaphon wurden die REPs als Nazis entlarvt und Sprechstühle »Nazis raus« angestimmt. Wir verteilten massiv unsere Flugblätter und verkauften auch sechs Exemplare der VORAN an Passanten. Wenn REPs versuchten, ihre Zeitung zu verschicken, waren immer 2 bis 3 von uns bei ihnen oder ließen mit Plakatsändern mit der Parole »Keine Nazis in den Kömern« hinter ihnen her.

Die Schlagertripps der REPs standen die ganze Zeit dabei und beschränkten sich auf verbale Attacken. Nach 1 1/2 Stunden gaben die REPs enhervt auf. Sie bauten ihren Infotisch ab und verdrückten sich. Die nächsten REP-Aktionen werden wir genauso verhindern.

Dirk Bosmann, Frankfurt
JRE-Mitglied

Bestellen!

Poster Erinnerungsposter an die Brüsseler Demo 3, — DM (ab 10 Stück 2, —)

Video JRE stellt sich vor, 55 min. 20, — DM
JRE Aktuell Nr. 2 Rundschreiben mit Informationen aus den Gruppen 1,50 DM; (ab 10 Stück 1, — DM)

Materialliste Ausführliche Liste aller JRE-Materialien

Bestellungen nur gegen Vorkasse plus 2, — Porto und Verpackungspauschale (in Briefmarken oder Überweisungsbeleg beifügen)
JRE Konto: Ulf Petersen, Kto. Nr. 12777-501, Post giroamt Köln, BLZ 370 100 50
Adresse: Joffi Ffr Fae Hauptpostlagernd 5000 Kvlle 4

VORSTUF

Solidaritätspreis 3,— DM

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Nr. 149 — März 1993

1,— DM — Solidaritätspreis: 3,— DM

Jugend gegen Rassismus in Europa

Die vergangenen Monate sahen einige der größten Demonstrationen der deutschen Geschichte. Viele sind zum ersten Mal in ihrem Leben auf die Straße gegangen, um zu protestieren. Massenhaft ballten Politiker, Industrielle und Pfaffen ihre Fäuste, um zum Rassismus zu schweigen. Dieselben Politiker werden bald das Asylrecht praktisch abschaffen. Ab dem 1. April wird die Unterbringung aller Flüchtlinge in Sammellager zur Pflicht, die nachweislich zu psychischen Schäden führt.

Und weil sich der Sündenbock Asylbewerber langsam verbraucht und weil die Wirtschaftskrise in massenhafter Kurzarbeit

Kein Grund zur Beruhigung

Nazi-Terror geht weiter



30. Januar

und angekündigten Entlassungen ihre Schatten vorauswirft, sollen schon neue Schuldige aufgebaut werden. »Soziallifertriger« und »faule Arbeiter« mit überzogenen Lohnforderungen und fehlendem Verständnis für die Nöte ihrer Bosse drohen jetzt angeblüht, unseren Staat in den Abgrund zu stoßen. Das ist natürlich Quatsch. Die Bosse wollen trotz Krise ihre Profite retten und die Kosten auf uns abwälzen. Damit das besser geht, wollen sie uns spalten und uns vornacheten, daß wir selbst oder unsere ausländischen KollegInnen oder Menschen, die vor Folter und Krieg zu uns flüchten, schuld seien.

Ein Stück weit ging diese Taktik bereits auf. Zu Anfang waren die Demos gegen Rassismus und für das Asylrecht ganz klar gegen die Regierung und ihre Spaltungspolitik gerichtet. Am 8. November wurden Kohl und Weizsäcker in Berlin massenhaft ausgepöfeln. Gerade durch die Lichterketten, wo man in der Dunkelheit in Reih' und Glied stand und aus Sorge um seine Flamme weder Flugblätter noch Transparente halten konnte, gelang es, die Bewegung zu entpolitisieren. Nicht mehr gegen Rassismus und für die Einheit der arbeitenden Menschen

sondern nur noch gegen Gewalt und für »Menschlichkeit« — Dinge, die eigentlich nichts Schlechtes an sich haben, die aber die Bewegung auf rein moralische Fragen begrenzen und die Ursachen für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit verschleiern.

Es ist jetzt nötig, die politischen Fragen wieder in die Bewegung hineinzutragen. Gerade wegen der drohenden Arbeitslosigkeit werden viele Arbeitnehmer nach Antworten und Auswegen suchen. Es besteht die Gefahr, daß viele ArbeitnehmerInnen auf die rassistischen Scheinlösungen 'reinfallen.

Durch die großen Demos wurden zwar rassistische Stimmungen etwas eingeschränkt. Gleichzeitig sehen wir aber auch eine Professionalisierung der rassistischen Gewalt.

Die Verbote faschistischer Organisationen durch den Staat haben sich als bloße Propagandamaßnahmen erwiesen. Die Nazis wurden durch die öffentliche Bekanntheit der Verbots-Absicht einige Tage vorher gewarnt und konnten vieles beiseiteschaffen. Vom Vereinsvermögen der Deutschen Alternativen (DA) wurden gerade mal 630 DM sichergestellt. Dieselben Nazis, deren

treten schon heute unter anderem Namen auf und verbreiten ihre Hetze weiter.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, daß viele Menschen etwas gegen die Rassen auf der Straße und in den Parlamenten und Konzernetagen tun wollen.

Wir dürfen nicht einfach zusehen, wie die rassistische Gewalt weitergeht, wie die Nazis sich organisieren und die Angriffe auf unseren Lebensstandard gemacht werden.

Anstatt jeder für sich eine Kerze anzuzünden und zu warten, bis denen da oben ein Licht aufgeht, müssen wir jetzt unsere Interessen in die eigenen Hände nehmen. Nach den Großdemos kommt es jetzt darauf an, alle, die aktiv gegen die Rechten kämpfen wollen, zusammenzufassen. Demos sind wichtig, aber jetzt ist es auch nötig, in die Wohngebiete zu gehen, wo die Nazis ihre Wülpheit machen und ihnen dort entgegenzutreten. Dort, wo Deutsche und Ausländer sich jeden Tag begegnen und zusammenarbeiten, in den Betrieben, Lehrwerkstätten und Schulen müssen wir unser Programm gegen die Krise und die Angriffe der Regierung bekannt machen und Mitkämpfer suchen.

Da geht einem doch ein Licht auf

● Allein im Dezember 1992 fanden weit 1.032 fremdenfeindliche Gewerkschaft, darunter 50 Brandanschläge Angriffe auf Personen. Der Rückgang Gewalt von Rechts fand also hauptsächlich in den Medien statt.

● 1992 ist die Zahl der Rechtsex nach Angaben des Verfassungsschutz 40.000 auf 60.000 gestiegen.

● Generalbundesanwalt vom schätzt die Gefahr von rechts gering, weil sich im Gegensatz zum politischen Gruppenterror von links noch festen »organisatorischen Verbindungen« gebildet hätten (!). (tagesschau, 17.2)

● Laut Angaben des Bundeskriminal hat es in der Geschichte der BRD Briefbomben-Anschläge gegeben (Nr. 5/93). Allein in den Monaten Dezember und Januar gab es dagegen: vier Briefbomben an Prostituierte in Hannover, eine de verletz; Briefbomben-Mord an Winter in Freiburg; Briefbombe an einen in Kreis Böblingen, dem die abgerissen wurde; Briefbombe an eine Familie in Köln, nur der Zünderdierte und es passierte daher nichts

● Im Fall Kerstin Winter in Freiburg teilte die Polizei zunächst in Richtung maosistischen Splittergruppe, dann verteilte sie ihren Freund als Hauptverdächtig — obwohl Kerstin Winter eine bekannte Antifaschistin war.

● Auch im Fall von Olaf P. aus Suhl in Thüringen, der Mitglied der sozialistischen Organisation SDA) war und den man hängt in seinem Badezimmer fand, die Polizei die Ermittlungen mit dem Hinweis »Selbstmord« rasch abschließen. Familie und Freunde öffentlichen machen und darauf hinweisen, dass schon vorher Drohungen erhalten wurden wegen sogar zeitweilig aus seiner Wohnung ausgezogen war, nahm die Polizei Ermittlungen wieder auf.

● Bei einer Überprüfung von zunächst Mitgliedern der 2.400 Mann starken willigen Polizeireserve« (FPR) wurde von ihnen eine kriminelle Vergangenheit aufgedeckt, die meisten hatten auch